

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telephon: Amt Dänhoff 4196/4196



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Copalverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung höherer als 4 Zeilen vor dem Charakteristen, wenn nicht anders vereinbart ist. Genehmigt für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 24. März 1931

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Vor der Vertagung.

Die letzten Arbeiten des Reichstags.

SPD. Die Arbeiten des Reichstags schreiten schnell vorwärts, sodass damit gerechnet werden kann, dass er seine Beratungen spätestens am Freitag, vielleicht sogar schon am Donnerstag beenden wird. Zu erledigen ist noch die dritte Lesung des Reichsetats, das Gesetz über die Osthilfe und das Gesetz über die Zollermächtigung. Wenn bisher auch noch nicht alle Streitfragen völlig geklärt sind, so ist doch mit einem glatten Verlauf der weiteren Beratungen zu rechnen.

Um das Gleichgewicht im Reichshaushalt zu sichern, war von der Deutschen Volkspartei eine Ermächtigung für die Reichsregierung verlangt worden, die sie berechtigt hätte, etwa entstehende Fehlbeträge durch Kürzungen auszugleichen. Die Sozialdemokratie hat durchgesetzt, dass diese Ermächtigung durch zwei wichtige Bestimmungen eingeschränkt wird. Und zwar dadurch, dass Ansätze, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen, von der Ermächtigung ausgenommen werden. Ferner entfällt diese Ermächtigung, wenn die Reichsregierung zurücktritt oder in der Besetzung des Reichskanzleramts ein Wechsel eintritt.

Auch das Ermächtigungsgesetz für die Zolländerungen ist durch die Mitwirkung der Sozialdemokratie völlig geändert worden. Es enthält jetzt die Bestimmung, dass die Reichsregierung verpflichtet ist, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einer Erhöhung des Brotpreises über den durchschnittlichen Brotpreis in den letzten sechs Monaten vor Inkrafttreten dieses Gesetzes worzubiegen. Weiter ist vorgesehen, dass die Abänderung der Zollsätze "unter sorgfältigster Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen" zu erfolgen habe. Eine Steigerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten wird durch die Bestimmung ausgeschlossen, dass bei einem Steigen des Index für die Ernährung über 133 (d. i. etwa der gegenwärtige Stand) Massnahmen einschliesslich der Zollherabsetzung durch die Reichsregierung getroffen werden müssen, damit die Indexziffer auf oder unter den Index 133 sinkt. Schliesslich soll auch die Zollermächtigung ihre Gültigkeit verlieren, wenn die jetzige Reichsregierung zurücktritt. Diese Abänderungen der Zollermächtigung sind im Ausschuss von Sozialdemokraten, Zentrum, Deutschen Volkspartei und der Staatspartei angenommen worden. Der Reichsernährungsminister Schiele, die Landvolkpartei, die Christlichsozialen und die Bayerische Volkspartei stimmten mit den Kommunisten gegen das Gesetz.

Die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Aufsichtsratssteuer und des Notopfers zur Einkommensteuer sind inzwischen angenommen worden. Es ist ziemlich sicher, dass der Reichsrat der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer zustimmen wird. Fraglich ist, ob er diese Zustimmung auch für die Erhöhung des Notopfers zur Einkommensteuer erteilt. Die Reichsregierung sucht ihn jedenfalls zu bewegen, Einspruch zu erheben, sodass der Beschluss des Reichstags unwirksam würde. Man spricht jedoch bereits davon, dass die Reichsregierung

eine solche Haltung des Reichsrats nur erreichen wird, wenn sich das Reich bei dieser Gelegenheit zu einem weiteren Entgegenkommen zugunsten der notleidenden Gemeinden bereit erklärt. Von dem Mehraufkommen bei der Aufsichtsratssteuer sollen auf Antrag der Sozialdemokraten 3 Millionen für die Kinderspeisung und 5 Millionen zur Sanierung der Knappschaftsversicherung verwendet werden.

Wegen der Vertagung des Reichstags ist es noch zu keinem endgültigen Beschluss gekommen. Dem Aeltestenrat wurde der Wunsch der Regierung vorgetragen, den Reichstag bis zum Oktober zu vertagen. Es gilt als wahrscheinlich, dass eine Mehrheit für die Vertagung bis zum 13. Oktober zustandekommt. Eine frühere Einberufung des Reichstags wäre dadurch nicht unmöglich gemacht, da eine Mehrheit jederzeit die Einberufung beschliessen kann. Das letztere ist vonentscheidender Bedeutung. Die Reichsregierung hatte nämlich zunächst einen Verzicht auf jede frühere Einberufung des Reichstags gewünscht und nachdem dies auf Widerstand gestossen war, verlangt, dass eine frühzeitige Einberufung nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung beschliessen werden dürfe. Aber auch dies wurde abgelehnt, sodass die Vertagung bis zum Oktober die Freiheit der Mehrheit, im Falle eines dringenden Bedürfnisses den früheren Zusammentritt des Reichstags zu beschliessen, nicht behindert.

SPD. Düsseldorf, 24. März (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag sind die Nationalsozialisten auch aus dem rheinischen Provinzial-Landtag, der zurzeit in Düsseldorf tagt, ausgezogen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Dienstag-Sitzung wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Oskar Hoffmann vom Vorsitzenden Dr. Jarres nachträglich zur Ordnung gerufen, weil er am Montag gegenüber dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley gesagt haben soll, Ley sei 70prozentig besoffen. Hoffmann antwortete darauf, dass er das nicht gesagt habe. Er habe vielmehr die Wendung gebraucht, dass Dr. Ley mit den chemischen Substanzen des Alkohols genaue Bescheid wüsste. Darauf entstand bei den Nationalsozialisten ein wüster Tumult. Sie schrien der Sozialdemokratischen Fraktion alle möglichen Schimpfworte zu. Die Abgeordnete Frau Becker bemerkte darauf, die nationalsozialistische Politik sei 100prozentig besoffen. Ein nationalsozialistischer Abgeordneter bezeichnete die Abgeordnete Becker schliesslich als unverschämtes Frauenzimmer. Er wurde sofort auf 3 Tage von der Sitzung ausgeschlossen. Frau Becker wurde zur Ordnung gerufen. Die Nationalsozialisten erklärten nunmehr an den Beratungen nicht mehr teilnehmen zu wollen und verliessen den Saal.

Die Erklärung der Nazis wurde in einem solch unverschämten Ton abgegeben, dass die gesamte nationalsozialistische Fraktion sofort auf 6 Tage von der Sitzung ausgeschlossen wurde.

SPD. Reichsaussenminister Dr. Curtius hat auf die Beileidskundgebung zum Ableben des Reichskanzlers a.D. Hermann Müller folgendes Telegramm an den österreichischen Aussenminister Dr. Schober gerichtet :

"Für die Worte warmerherziger Teilnahme an dem Hinscheiden des Reichskanzlers a.D. Hermann Müller, die Ew. Exzellenz namens der Bundesregierung auszusprechen die Güte hatten, bitte ich den aufrichtigsten Dank der Reichsregierung entgegenzunehmen."

SPD. Die Berliner "Rote Fahne" und ihre Ableger im Reiche berichten in grosser Aufmachung über einen "bedeutsamen politischen Erfolg der KPD in Braunschweig". Dort will die kommunistische Partei die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gezwungen haben, 18 sogenannte Minimalforderungen um den Preis eines Zusammengehens im Kommunalparlament anzunehmen. Die Braunschweiger Sozialdemokratie hätte sich verpflichtet, so posaunt die KPD-Presse hinaus, das "Ultimatum der KPD anzunehmen". Die Sozialdemokratie habe damit "eine politische Kapitulation vollzogen".

Dazu wird uns aus Braunschweig geschrieben: An diesem neusten KPD-Sieg über die SPD ist kein Wort wahr. Im Verlauf einer Besprechung zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und der kommunistischen Partei legten die Kommunisten allerdings eine Reihe von Mindestforderungen vor, auf die einzugehen die sozialdemokratischen Vertreter aber von vornherein ablehnten, weil es sich zum Teil um ganz demagogische Agitations- und "Entlarvungs"-anträge handelte. So war u.a. für die Erwerbslosen eine Sonderunterstützung, die Bezahlung der rückständigen Miete, die Lieferung von Hausbrand, die Bezahlung für Gas, Elektrizität usw. gefordert worden. Die Erfüllung allein dieser Punkte hätte für die Stadt Braunschweig einen Kostenaufwand von rund 4 Millionen Mark im Jahr gefordert! Ähnlich sah es mit anderen Bedingungen aus über die überhaupt nicht verhandelt worden ist, weil sie ausserhalb jeder ernsthaften Diskussion standen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktionen in Stadt und im Lande Braunschweig haben es demgemäss abgelehnt, sich auf die von der KPD geforderten Bedingungen festzulegen und es der KPD überlassen, ob sie die aus KPD und SPD bestehenden Mehrheiten im Interesse der Arbeiterschaft ausnutzen wollte oder nicht. Ohne weitere Verhandlungen hat dann die KPD für die von der SPD vorgeschlagenen Kandidaten gestimmt. So sieht es in Wahrheit mit der Behauptung der kommunistischen Presse aus, dass die Braunschweiger SPD "restlos vor den Forderungen der KPD kapituliert" hätte.

In Wirklichkeit versucht die kommunistische Presse ihren Lesern nur die Tatsache schmackhaft zu machen, dass die KPD in Braunschweig es vor ihren Wählern nicht wagen konnte, etwa dieselbe Taktik wie bisher im Reich zu befolgen, nämlich durch Stimmenthaltung positiv den Ausschlag für die Wahl von Nazis in führende Kommunalfunktionen zu geben.

SPD. Oppeln, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien hat am Dienstag die kommunistische "Neue Zeitung" vom 25. März bis 14. April auf die Dauer von drei Wochen verboten. Die Zeitung hatte in der vergangenen Woche in einem Artikel u.a. behauptet, der preussische Innenminister Severing habe 1929 in Berlin mit seinen Parteifreunden Grzesinski und Zörgiebel 32 Arbeiter erschossen lassen.

SPD. Dresden, 24. März (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des sächsischen Landtages brachten die Kommunisten wieder einen Antrag auf Auflösung des Landtags ein. Der Agitationsantrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 29 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Laval empfing am Dienstag die Vorsitzenden des Vereins der nordfranzösischen Grubengesellschaften und des Vereins der Grubengesellschaften im Loire-Becken zu einer Aussprache über die Beilegung des Lohn-

konfliktes in der Grubenindustrie.

Der Führer der radikalen Partei, Daladier, hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der er von der Regierung Auskunft darüber verlangt, welche Massnahmen sie zur Verhinderung der ungerechtfertigten Herabsetzung der Grubenarbeiterlöhne und zur Befolgung einer den allgemeinen Interessen des Landes angepassten Kohlenpolitik zu ergreifen gedenkt.

SPD. Hannover, 24. März (Eig. Drahtb.)

In dem Arbeitervorort Misburg bei Hannover kam es am Dienstag zu gewalttätigen Ausschreitungen von Kommunisten gegen Anhänger des Reichsbanners.

Vor der Stempelstelle des Arbeitsamtes rotteten sich ungefähr ein Dutzend Kommunisten zusammen und überfielen einzelne Reichsbannerkameraden, die zum Stempeln gingen. Im Verlaufe einer Stunde wurden nicht weniger als 3 Reichsbannerkameraden niedergeschlagen. Später versammelten sich andere Reichsbannerkameraden, die ebenfalls zum Stempeln gehen mussten, in einem Lokal und gingen etwa 12 Mann an der Zahl, gemeinsam zum Arbeitsamt in der Auffassung, dadurch neue Ueberfälle der Kommunisten unmöglich zu machen. Sie hatten sich jedoch getäuscht. Die Kommunisten gingen auch auf sie los und bombardierten sie mit Runzhölzern, Spaten, Schraubenschlüsseln und anderen Werkzeugen. Ein Reichsbannerkamerad wurde durch einen Spatenschlag über den Kopf erheblich verletzt.

Zahlreiche Kommunisten wurden verhaftet. Sie werden sich, da es sich bei ihrem Verhalten um einen planmässig vorbereiteten Ueberfall handelt, wegen Landfriedensbruch vor Gericht zu verantworten haben.

SPD. Stuttgart, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die Stuttgarter Strafkammer hat am Dienstag die Haftbeschwerde sowohl von Frau Dr. Jacobowitz-Kienle sowie von Dr. Friedrich Wolf verworfen. Das hat zur Folge, dass Frau Jacobowitz weiter in Haft bleibt und die von Dr. Wolf hinterlegte Sicherheit vorläufig nicht an ihn zurückgezahlt wird.

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Unter dem Vorsitz Briands wurde am Dienstag-Vormittag im Aussenministerium die Tagung des Organisationsausschusses der Europa-Union eröffnet. 12 Staaten sind in dem Ausschuss vertreten, darunter Deutschland durch Staatssekretär a.D. Simson, England durch Aussenminister Henderson und Polen durch Aussenminister Zaleski. Die Aufgabe des Ausschusses besteht darin, ein Statut für die Europa-Union auszuarbeiten und die Tagesordnung für die Mai-Tagung vorzubereiten.

In seiner Eröffnungsrede setzte Briand Ziel und Bedeutung des in Angriff genommenen Werkes auseinander und wies auf zwei Gefahren hin, die der Europa-Ausschuss vermeiden müsse: die eine Gefahr bestehe darin, dass man eine zu ehrgeizige Konstruktion schaffe, die die Aufgaben des provisorischen Organismus überschreite, die andere Gefahr sei darin zu erblicken, dass man zu enge Grenzen für das endgültige Statut dieses Organismus festlege, dessen Dauer man noch nicht voraussehen könne. Eine Anspielung auf das deutsch-österreichische Zollabkommen machte Briand nicht.

Auf den Vorschlag Hendersons wurden Briand zum Vorsitzenden und auf Vorschlag Briands der Vertreter der Schweiz, Motta, zum Berichterstatter des Organisationsausschusses gewählt. Gemäss dem Antrag der belgischen Regierung trat der Ausschuss dann in die Beratung folgender Fragen ein: Transport und Transit der elektrischen Energie, Behandlung der Ausländer und Verfahren zur Anmeldung

von Ansprüchen bei Änderung von Zollsätzen. Am Schluss der Sitzung erklärte der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, dass der Verwaltungsrat des Amts der nächsten Tagung des Europa-Ausschusses einen Bericht über die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in Europa unterbreiten werde.

SPD. Bern, 24. März (Eig. Drahtb.)

Im Bundesrat berichtete der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements (Wirtschaftsminister) Schulthess über die Mitteilungen der deutschen Gesellschaft betreffend die geplante deutsch-österreichische Zollunion. Die Rückwirkungen dieses Vertrages auf die Schweiz würden noch zu prüfen sein. Insbesondere stellte er die Frage, ob und inwieweit die in den Handelsverträgen vereinbarte Meistbegünstigung unter den neuen Verhältnissen noch Bestand habe.

Im Nationalrat brachte der sozialdemokratische Parteiführer Grimm am Dienstag ebenfalls die Frage der Zollunion zur Sprache und erklärte, auch für die Schweiz könnten regionale Zollabkommen in Frage kommen.

SPD. Amsterdam, 24. März (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Ausbruch des mitteljavanischen Vulkans Merapi veranlasste die Bezirksregierung von Mitteljava in Ergänzung der früheren Räumungsmassnahmen eine weitere, von mehr als 2 000 Personen bewohnte Zone räumen zu lassen. Die Bildung von Glutwolken gefährdet die Gebirgstäler im Vorland des Vulkans; während ein neuer mächtiger Lavastrom sich über Felder und Pflanzungen ergiesst. Durch das aus dem Krater unaufhörlich hervorbrechende Feuer ist die viele Meilen von dem Vulkan entfernt liegende Stadt Mageland nachts taghell erleuchtet. Alle Bergflüsse führen Hochwasser, sodass der Verkehr auf den benachbarten Strassen stark bedroht ist.

SPD. Der hiesige Kgl. britische Botschafter Sir Horace Rumbold hat an den Reichsaussenminister folgendes Schreiben gerichtet: "Ich habe die Ehre, Euerer Exzellenz im Auftrage des Kgl. Ministers des Auswärtigen anlässlich des Todes des ausgezeichneten deutschen Staatsmannes, des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller, das aufrichtige Beileid der Kgl. Regierung, im besonderen des Ministerpräsidenten und des Herrn Henderson zum Ausdruck zu bringen. Ich wäre dankbar, wenn Euere Exzellenz dieses Beileid dem Herrn Reichskanzler und den Mitgliedern der Reichsregierung übermitteln würde."

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat darauf erwidert: "Euere Exzellenz hatten die Güte, der Reichsregierung mit dem Schreiben vom 21. d. M. das Beileid der Königlich Britischen Regierung und im besonderen die Teilnahme Seiner Exzellenz des Herrn Königlichlichen Ministerpräsidenten und Seiner Exzellenz des Herrn Königlichlichen Ministers des Auswärtigen anlässlich des Heimgangs des ehemaligen Reichskanzlers Hermann Müller auszusprechen. Für diese wohlthuende Beileidsbekundung, die ich nicht verfehlt habe, sogleich dem Herrn Reichskanzler Dr. Brüning und den Mitgliedern des Kabinetts bekanntzugeben, danke ich Euerer Exzellenz von ganzem Herzen. Gleichzeitig gestatte ich mir, Euere Exzellenz zu bitten, diesen Dank an die Königlich Britische Regierung und besonders an Ihre Exzellenzen die Herren MacDonalld und Henderson weiterleiten zu wollen."

SPD. Weimar, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Thüringische Landtag tritt am 1. April zwecks Beratung der sozialdemokratischen Misstrauensanträge gegen den Naziminister Frick und seinen Kollegen im Kabinett Marschner zusammen. Die Annahme der Misstrauensanträge ist gesichert. In dieser Hinsicht dürfte sich auch bis zum 1. April nichts ändern.

In unterrichteten Kreisen verlautet, dass Frick bereits in den nächsten Tagen einen Urlaub antreten wird, von dem er nicht mehr in sein Amt zurückkehren dürfte.

SPD. London, 24. März (Eig. Drahtb.)

In der englischen Presse und ebenso bei den amtlichen Stellen treten die zurzeit in Paris stattfindenden internationalen Verhandlungen völlig zurück hinter der deutsch-österreichischen Zollunion. Sie steht im Mittelpunkt der internationalen Politik und überschattet die anderen politischen Ereignisse. Spaltenlang veröffentlicht der "Daily Telegraph" Telegramme seiner Korrespondenten aus den europäischen Hauptstädten, um seinen Lesern den Protest und die Befürchtungen zu zeigen, die der deutsch-österreichische Plan hervorgerufen hat.

Anders der "Manchester Guardian". Dieser begrüsst die Zollunion und sagt, Frankreichs Protest und Furcht seien nur politischer Art. Die Zollunion bedeute jedoch keine Aufgabe der österreichischen Selbständigkeit, obgleich durch die wirtschaftliche Einheit der beiden Länder sie auch politisch so nahe aneinandergerückt seien als es auf legalem Wege nur möglich sei. Deutschland und Österreich hätten jedoch alle anderen Staaten aufgefordert, sich der Zollunion anzuschließen. Deshalb sei sie geeignet, den europäischen Zusammenschluss zu fördern.

Am beachtenswertesten ist der Leitartikel der "Times", da er als die Ansicht des Auswärtigen Amtes betrachtet werden muss. Die führende englische Zeitung bedauert, dass Österreich und Deutschland die übrigen Länder vor die vollendete Tatsache gestellt haben. Ein Jammer, so heisst es in dem Artikel, dass nicht die Ankündigung der Zollunion bis nach der Tagung in Paris zurückgehalten worden ist. In Paris wäre es möglich gewesen, die Frage mit den anderen Mächten zu diskutieren. Wenn die Zollunion auch in der Linie einer europäischen Union liege, so sei es umso bedauernswerter, wenn die deutsch-österreichische Aktion so geheim gehalten worden ist. Wären die anderen Staaten vorher unterrichtet worden, so wäre auch der Zollunion ein ganz anderer Empfang zuteil geworden als heute. Gewiss wären auch dann noch Proteste aus anderen Ländern gekommen, aber ohne diesen Hass und den Verdacht von heute. Berlin und Wien seien darüber erstaunt. Bei einigem Nachdenken und bei einiger Kenntnis der Psychologie anderer Staaten hätten Berlin und Wien das voraussehen müssen. Was auch heute Berlin und Wien sagen, der Verdacht werde nicht von der Hand zu weisen sein, dass die Zollunion nur den Weg pflastern soll, zum völligen Eingehen Österreichs in das deutsche Reich.

SPD. Bochum, 24. März (Eig. Drahtb.)

Von den Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau lag bis Dienstag-Abend folgendes Teilergebnis von 19 Schachtanlagen vor: Freie Gewerkschaften 10 592 Stimmen (im Vorjahre 11 941), christliche Gewerkschaften 4 738 (5 753), Hirsch-Duncker 100 (127), Polen 56 (58), RGO 3 975 (i. V. die KPD 5 543), Gelbe 327 (418), Nationalsozialisten 1 087 (-).

Es ist zu beachten, dass auf sämtlichen Schachtanlagen ein erheblicher Abbau der Belegschaften stattgefunden hat.

Wir und die Jugend

von Adolf Grimme.

SPD. Oft betont, und doch noch nicht genügend ins allgemeine Bewusstsein gedrungen ist die Tatsache, dass von der rechten Einfügung der Heranwachsenden in das politische Leben für unsere Zukunft Entscheidendes abhängt. Die alte Forderung der sozialistischen Arbeiterschaft, den Zwanzigjährigen aktiven Anteil am politischen Leben zu geben durch Verleihung des Wahlrechts, ist beim Neubau des Staates verwirklicht worden. Aber nur dann wirkt sich das Wahlrecht der Zwanzigjährigen zum Nutzen des Ganzen aus, wenn der junge Mensch die Möglichkeit hat, sich ausreichende politische Einsicht zu verschaffen. Gegenüber einer überwältigenden Fülle politischer Parolen, deren Wirklichkeitsgehalt es zu beurteilen gilt, muss schon der Sechzehn- und Achtzehnjährige Einsicht in das Gesamtgefüge unseres politischen Lebens zu gewinnen suchen. Die Radikalisierung vieler Schichten gerade jugendlicher Menschen beweist, dass es bisher noch nicht gelungen ist, die Grundlagen unserer Existenz als Volk und Staat dem Bewusstsein der Heranwachsenden ausreichend deutlich zu machen; und wenn das meist auf ideale Ziele gerichtete Streben jugendlicher Menschen sich heute immer wieder allzu leicht von den klangvollen Parolen verantwortungsloser politischer Desperados einfangen lässt, so geschieht das nicht zuletzt deshalb, weil ihnen die grossen und die besten Kräfte beanspruchenden Aufgaben nicht deutlich geworden sind, die ihnen die sinnvolle und gesunde Ausgestaltung unseres heutigen Staates stellt.

Diese Notwendigkeit einer weitschauenden politischen Erziehungsarbeit besteht in ganz besonderem Masse für die Sozialdemokratie, die die schwerste Verantwortung in unserem Staat auf sich genommen hat. Nicht nur die führenden Parteifreunde, die die Wichtigkeit der Jugendarbeit erkannt und immer wieder betont haben, sondern auch die breite Masse der Mitgliedschaft, die unsere Bewegung im Lande trägt, muss sich darüber klar sein, was hier auf dem Spiele steht. Das gilt besonders für die Partei, so lange sie Koalitionspolitik treiben muss. Es ist gewiss viel leichter, junge Menschen für grosse Ziele zu begeistern und ihnen die Möglichkeit vorzutäuschen, dass die politischen Ziele durch blossen Willensakt in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Dem gegenüber aber bleibt der Sozialdemokratie keine andere Haltung möglich, als immer wieder darauf hinzuweisen, dass politisches Verantwortungsbewusstsein und politische Einsicht die Grundlagen echter politischer Willensbildung sind, und dass praktische Politik im Sinne des Sozialismus nur da gedeihen kann, wo nicht nur die Ziele gesehen werden, sondern zugleich auch die volle Wirklichkeit des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erkannt wird, in der es diese Ziele zu verwirklichen gilt.

Aber wie kompliziert ist heute diese Wirklichkeit geworden und wieviel Arbeit gehört dazu, den jungen Menschen in diese Wirklichkeit einzuführen. Denn um eine wirkliche Einführung muss es sich handeln. Es ist nicht damit getan, dass erfahrene ältere Parteifreunde unter Berufung auf ihre viel längere politische Erfahrung der Jugend autoritative Anweisungen geben und das gewiss oft unfertige und gärende Wollen der Jungen verurteilen oder gar lächerlich machen. Denn dieses Wollen ist, auch wo es irrt, unsere Zukunftshoffnung. In ihm steckt der Wunsch nach Leistung, nach verantwortlicher Mitarbeit. Deshalb müssen wir Älteren uns mit diesem Wollen verbünden. Wir müssen bereit sein zu kameradschaftlicher Mitarbeit in den Organisationen der Jugend. Die Arbeit an der Jugend ist die wichtigste Arbeit innerhalb der Partei, die wir heute tun können, und deshalb haben wir allen Anlass, die sozialistischen Jugendorganisationen zu fördern und zu stärken.

Diese Einführung unserer jungen Freunde muss aus echtem sozialistischem Willen erfolgen und aus der Tiefe sozialistischer Ueberzeugung quillen. Nur dann können die Kräfte in der Jugend frei gemacht werden, die den Kampf mit

der Reaktion und dem Faschismus, in dem wir uns heute befinden, siegreich im Interesse der werktätigen Bevölkerung durchführen. Es handelt sich hierbei um eine Auseinandersetzung, die keineswegs nur in der Ebene der Tagespolitik vor sich geht, sondern der Kampf mit Faschismus und Kommunismus verlangt eine auf die Grundlagen zurückgehende Auseinandersetzung. Niemand ist geeigneter, frisches Blut in die bisweilen schon recht trocken gewordene theoretische Diskussion über grundsätzliche Fragen einströmen zu lassen, als die Jugend die ihrem Wesen nach immer aufs Ganze gehen muss und sich selbst rücksichtslos für die von ihr ergriffene Wahrheit einsetzt.

Hier liegt die grosse Aufgabe der sozialistischen Jugendorganisationen, deren günstige Entwicklung im Interesse der Partei und unseres Volkes aufs dringendste zu wünschen ist, und deren tatkräftige Förderung wir alle anstreben müssen.

SPD. Wismar, 24.März (Eig.Drahtb.)

In Wismar wurde eine Einbrecher- und Hühlerbande von 12 Personen festgenommen. Die Haupttäter waren mit Motorrädern ausgerüstet. Der Bande wurden bisher 58 Einbruchsdiebstähle zur Last gelegt.

SPD. Weimar, 24.März (Eig.Drahtb.)

In Effelder, einer Gemeinde von rund 1200 Einwohnern, die im Kreise Sonneburg liegt, war die Bürgermeisterstelle zu besetzen. Der Gemeinderat setzt sich zusammen aus 4 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten und 3 Bürgerlichen. Zur Wahl standen ein Sozialdemokrat und ein Nationalsozialist. Die stalintreuen Kommunisten wählten in Gemeinschaft mit den Bürgerlichen ein eingeschriebenes Mitglied der nationalsozialistischen Partei zum Bürgermeister.

SPD. Weimar, 24.März (Eig.Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des Landtags gab die Regierung am Dienstag bekannt, dass die Prozesse, die bisher wegen Verboten von Zeitungen, Filmen und Theater vorstellungen durch Frick erfolgten, dem Lande bis jetzt 1000 Mark Kosten verursacht haben. Ausserdem sind wegen der Verbote gegen das Land Thüringen bisher Schadenersatzklagen angestrengt worden in Höhe von insgesamt 33 000 Mark.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD.Berlin, den 24.März (Eig.Ber.)

Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag in einer siebenstündigen Sitzung zunächst mit der dritten Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1931. Damit verbunden ist ein Antrag auf eine Ermächtigung an die Reichsregierung, das im Laufe des Rechnungsjahres 1931 infolge von Mindereinnahmen oder Mehrausgaben auftretende Defizit durch Ausgabenabstriche zu decken. Der Reichsfinanzminister betonte ausdrücklich, dass von dieser Ermächtigung die gesetzlich oder vertragsmässig festgelegten Ansprüche nicht betroffen würden, dass diese vielmehr nur auf dem in der Verfassung vorgesehenen Wege geändert werden könnten. Diese Erklärung ist auf Drängen der Sozialdemokratie zum Schutze der sozialen Gesetzgebung vorgetragen worden.

Bei der dritten Beratung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheid die österreichische Zollunion zur Sprache. Er verzichtete darauf, zu der Materie sachlich Stellung zu nehmen, bedauerte jedoch, dass die Reichsregierung nicht rechtzeitig den zuständigen Auswärtigen Ausschuss unterrichtet habe. Man bekomme den Eindruck, dass die ganze Aktion diplomatisch schlecht vorbereitet worden sei und deshalb internationale Schwierigkeiten gegen Deutschland schaffe. - Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums polterten zwei Kommunisten nicht etwa gegen den Faschismus, sondern gegen die Sozialdemokratie los und entwickelten eine geradezu krankhafte Phantasie, um nachzuweisen, dass die Sozialdemokratie Faschisten bewaffne. Dass Grzesinski und Zörgiebel als die schlimmsten Arbeitermörder hingestellt wurden, ist ganz selbstverständlich. - Bei dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums gab es eine kurze Aussprache über die Wohnungsnot. Der sozialdemokratische Abgeordnete Lipinski bedauerte die Beschränkung der Wohnungsbau-mittel aus der Hauszinssteuer. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt sei so, dass die Mieten für Neubauwohnungen nicht mehr in Einklang mit den Einkommen zu bringen sind. Der Haushalt des Reichswehrministeriums wurde ohne Aussprache angenommen. Die Abstimmung über die Panzerschiffbauten in 3. Beratung wurde zurückgestellt. Eine lebhaftere Aussprache gab es beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums noch einmal über den sogenannten Schenkervertrag, der die Neuregelung der Bahnspedition bringt. Staatspartei und Wirtschaftspartei äusserten sich sehr kritisch zu diesem Vertrag und dem Verhalten des Reichsverkehrsministers. Der sozialdemokratische Abgeordnete Schumann-Frankfurt/Main meinte, der Schenkervertrag habe in der Öffentlichkeit eine grössere Rolle gespielt als ihm an und für sich zukomme. Von allen Seiten sei übertrieben worden. Der Reichsverkehrsminister sagte zu, nach Abschluss der Verhandlungen mit der Reichsbahn, die vertraulich geführt würden, sofort den Reichstag und die Öffentlichkeit zu unterrichten. Die Abstimmung über zahlreiche zum Haushalt gestellte Anträge wurde zurückgestellt.

Das Haus trat dann in die zweite Beratung der umfassenden Gesetzentwürfe zur sogenannten Osthilfe ein. Es handelt sich um ein Gesetz über Hilfsmassnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens, ferner um ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung im Osten und 3. um ein Gesetz, dass die Grundlage zur Finanzierung bildet (Abwicklung der Aufbringungsumlagen und die Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen). In den nächsten 5 Jahren sollen mit Hilfe dieser Gesetzentwürfe rund 2½ Milliarden Mark für den Osten aufgebracht werden. Als Berichterstatter teilte der sozialdemokratische Abgeordnete Stelling mit, dass der Ausschuss den § 1 der Regierungsvorlage erweitert habe. Auch die sächsischen und bayerischen Gebiete, die an die tschechoslowakische Grenze anstossen, seien aufgenommen worden, weil diese mittelbar durch die neue Grenzziehung geschädigt worden seien. Ausserdem sei ganz Pommern, ganz Schlesien und Brandenburg östlich der Oder aufgenommen worden. Die Summe für Kredite an gewerbliche Betriebe sei von 25 auf 50 Milli-

onen, die für Bahnbauten von 130 auf 140 Millionen erhöht worden. Bei der Entschuldungsaktion sei Vorsorge getroffen, dass die Kredite für bäuerliche Betriebe verhältnismässig nicht geringer sein dürften als die für den Grossgrundbesitz.

Reichsminister Treviranus sagte u.a. dass die Osthilfe die doppelte Aufgabe habe, den durch die neue Grenzziehung in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zuzuführen und ferner die Landwirtschaft als die Grundfeste der ostdeutschen Wirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu schützen, die veränderte Absatzbedingungen und der Rückgang aller landwirtschaftlicher Preise bei steigenden Lasten ohne umfassende Hilfe bringen würden. Treviranus erläuterte das etwas verwickelte Verfahren für die Bewilligung von Krediten und sagte, es sei ein sauberes eingehendes Verfahren notwendig, wenn die Gelder richtig angewendet werden sollten. Wenn der Vertreter Ostpreussens im Reichsrat sich der Stimme enthalten habe, weil die Osthilfe nicht genug bringe, so hätte das in den Tatsachen keine Stütze. Man müsse ausdrücklich dem Westen und dem Süden Deutschlands danken für die Opfer, die er aufzubringen entschlossen sei. Es handele sich im Osten nicht nur um notleidende Grossbetriebe, auch die kleinen seien nicht mehr krisenfest. Der Zentrumsabgeordnete Warnke begrüßte die Vorlage. Der Kommunist Hoernle erklärte, die Notlage im Osten sei nicht nur eine Folge der Grenzzerreissung und des ausländischen Imperialismus, auch die volksfeindliche deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik früherer Jahrzehnte sei an der Verödung des Ostens schuld. Mithin scheint Herr Hoernle schon begriffen zu haben, dass die Republik mindestens für den Osten wesentlich besser sorgt als das Kaiserreich,

Der sozialdemokratische Abgeordnete Stelling meinte, man müsse nicht nur der Landwirtschaft, sondern der ganzen Wirtschaft im Osten helfen. Bei der Landwirtschaft müsse vor allem der mittlere und der kleinere Besitz bedacht werden. Hinsichtlich der Siedlungen komme es darauf an, dass die Betriebe saniert werden, damit die Siedlungsfreudigkeit erhalten bleibe. Den Landarbeitern gehe es noch immer schlecht. In vielen Fällen erhielten sie für ihre Arbeit nur Natural-Verpflegung, aber nicht den geringsten Lohn. Es heisse, dass die Industrie hier ein ganz besonderes freiwilliges Opfer für die Landwirtschaft bringe. So sei es aber nicht. Die Industrieumlage sei eine der Industrie durch den Youngplan aufgezwungene Steuer, die eigentlich in die Reichskasse fließen müsste, um von dieser verwendet zu werden. Wenn nun die Industrieumlage statt in die Reichskasse zu fließen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse angewendet werde; so könne das schliesslich der Industrie gleichgültig sein. Die Summe käme ja durch eine grössere Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft indirekt auch der Industrie wieder zugute.

Gegen 7 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Ein Geständnis.

SPD. In der rechtsradikalen Zeitschrift "Der Ring" wird ein Geständnis über den Remarque-Film abgelegt und zugleich eine vernichtende Anklage gegen die Filmoberprüfstelle erhoben. Die Zeitschrift beschäftigt sich mit der sozialdemokratischen Novelle zum Lichtspielgesetz und stellt dabei die folgende Betrachtung an :

"Offenbar weiss man in der Reichstagsfraktion der Sozialdemokraten nicht, dass die preussische Regierung vor nichts mehr Angst hat als vor einer Wiederaufhebung des Filmverbots, weil damit den Nationalsozialisten eines der dankbarsten Propagandamittel wiedergegeben wird. Auch die interessierte Filmindustrie weiss vielleicht noch nicht, dass ja dieser Film nicht wegen seines Inhalts, sondern wegen der Marke Remarque von der nationalen Öffentlichkeit perhorresziert wird. Wäre der Film unter dem Titel "Junge Front im Weltkrieg" herausgekommen, dann würde unserer Ueberzeugung nach der Erfolg gerade der umgekehrte gewesen sein. Wahrscheinlich hätte dann die pazifistische Linke dagegen Front gemacht, soweit sie überhaupt noch bewegungsfähig ist. Ja, so ist es nun einmal in Deutschland. Ein Mann schreibt einen sentimentalischen Kriegsroman, der ebenso gut von Vicki Baum verfasst sein könnte, die allerdings vom Kriege kein Erlebnis besitzt. In einer Zeit, wo der feminine Schriftsteller in Mode ist, wird das Buch zu einem Massenerfolg und verbaut damit einem Film, der im Ausland für den Heldenkampf der deutschen Jugend notorisch nur Sympathien erweckt hat, den Weg in die Öffentlichkeit. Remarque sein eigener Feind. Wir schlagen vor, dass er den Film entweder von der Marke seiner Person oder von der Autorschaft des Buches befreit."

Das ist das vollendete Geständnis, dass die nationalistischen Radaubanden den Film terrorisiert haben, nicht um seines Inhaltes, sondern um des Verfassers willen, dass es sich um einen Terrorakt gegen eine Person gehandelt hat. In diesem Geständnis liegt zugleich die Anklage gegen die Filmoberprüfstelle, dass sie sich dem Druck der Terroristen gebeugt und sich deren verlogene Argumente zu eigen gemacht hat. In welcher Lage befinden sich nun jene Reichsministerien, die in eigenen Gutachten die Zweckklügen der Nationalsozialistischen Banden gegen diesen Film nachgebetet haben! Sie haben sich zu Dienern der Nationalsozialistenerniedrigt und ernten nun dafür offenen Hohn.

Der verjudete Hugenberg.

Der Hass gegen jene Rechtspolitiker, die sich von Hugenberg getrennt haben, verführt die Hugenbergsche Propaganda zu den grössten Unvorsichtigkeiten. Das amtliche Organ der Deutschnationalen, "Unsere Partei", wollte dem früheren Landwirtschaftsminister v. Kanitz eins auswaschen. Es veröffentlichte eine Notiz unter der Ueberschrift "Von palästinensischem und anderem Uradel". Diese antisemitische Giftspritze lautete :

"Im Aufsichtsratsverzeichnis der Rheinisch-Westfälischen Bodenkreditbank werden die nachbenannten Finanz- und anderen Grössen aufgeführt: Louis Hagen (früher Levy), Siegmond Bodenheimer, Herbert M. Guttman, Kurt Hirschland, Dr. Karl Melchior, Oskar Franklin Oppenheimer, Dr. Paul Seeligmann und Graf Gerhard von Kanitz, Landwirtschaftsminister a.D.. Ist es nicht ein wahrer Trost, hieraus entnehmen zu dürfen, dass ehemalige Reichsernährungs- und Landwirtschaftsminister wegen ihres Fortkommens im Ruhestand nicht in Sorge zu sein brauchen? Und zudem: muss man sich unter Aufsichtsratskollegen von der aller-

höchsten Plutokratie nicht vorkommen wie im gelobten Lande?"

Das ist alles sehr schön gesagt, nur kommen uns die Namen Louis Hagen, Siegmund Bodenheimer und Herbert M. Guttman ausserordentlich bekannt vor, und zwar nicht vom "Rheinboden" her. Wenn sich der wackere Hugenbergmann, der auf Graf Kanitz losgelassen wurde, etwas um wirtschaftliche Zusammenhänge gekümmert hätte, so wäre ihm nicht unbekannt geblieben, dass sich der Aufsichtsrat der Ufa folgendermassen zusammensetzt: Louis Hagen, Herbert M. Guttman, Siegmund Bodenheimer - und Geheimrat Hugenberg.

Muss man sich unter Aufsichtsratskollegen von der allerhöchsten Plutokratie nicht vorkommen wie im gelobten Lande - nicht wahr Herr Hugenberg!

Neue Ausrede für Verbrecher.

In Heidelberg wurde ein Mann überfallen, der im Auftrage eines Lebensmittelgeschäftes 2000 Mark zur Bank bringen sollte. Er wurde mit einem Schlagring niedergeschlagen und die Tasche wurde ihm entrissen. Der Täter flüchtete, konnte aber gestellt werden. Vor der Polizei warf er sich in die Brust und erklärte: Raubüberfall, aber keine Spur, im Gegenteil, höchst honorige, ja patriotische Tat! Das Geld - hat keine Rolle gespielt, In der Mappe konnten wichtige politische Schriftstücke sein und die wollte ich haben!

Dieser Strassenräuber hat aus der nationalsozialistischen politischen Praxis manches gelernt. Er hat gelernt, wie man gemeines Verbrechen mit einem politischen Mäntelchen versehen muss, er hat gelernt, dass die Spekulation auf nationalsozialistische Justiz von vornherein nicht ohne Erfolg ist. Und schliesslich hat er sich gesagt: Welch ein Unterschied ist im Grunde genommen zwischen mir und meinen Berufskollegen, die in der nationalsozialistischen S.A. organisiert sind? Gar keiner, warum soll ich es nicht so machen wie sie.

Die Öffentlichkeit aber wird wiederum von diesem Räuber zu lernen haben. Nämlich die Gründe dafür, dass es seinesgleichen so auffällig zur Partei des Herrn Hitler hinzieht !

Das Hakenkreuz im jüdischen Krankenhaus.

Ein junger Mann in Köln sollte im israelitischen Asyl zur Behandlung aufgenommen werden. Er erschien, geschmückt mit einem fast handgrossen Hakenkreuz. Man weigerte sich, ihn in diesem Schmuck aufzunehmen und verlangte von ihm, dass er mindestens vorher das provozierende Hakenkreuz ablege. Der Hakenkreuzheld spielte gegenüber der Krankenschwester den starken Mann - bis er abgewiesen wurde. Am anderen Tag erschien er wieder, diesmal ohne Hakenkreuz, aber in Begleitung seiner Mutter, die gute Worte für ihn einlegte. Nun wurde er aufgenommen und nun kann er sich von jüdischen Ärzten in einer jüdischen Anstalt, betreut von jüdischen Schwestern, kurieren lassen. In der Not wissen er und seinesgleichen den Weg zu den Juden zu finden, die sie sonst begehren!

Untüchtig.

In der "Deutschen Zeitung", die fast nationalsozialistischer ist als die Organe Hitlers, inseriert ein ehemaliger Fememörder: "Nationalgesinnter 32jähriger ehemaliger Fememörder, gelernter Klempner und Installateur, sucht, da baldige Heirat, Stellung als Portier. Alle vorkommenden Reparaturen werden ausgeführt." Der Mann ist bedeutend weniger begabt als die Fememörder Schulz und Heines, die von Hitler finanziert werden. Liegt es daran, dass er weniger tüchtig in der Fortsetzung seines Fememörderberufes ist, oder daran, dass er nicht Offizier war, wie die besseren Herren Fememörder, sondern nur ein gemeines Werkzeug?

Aus aller Welt

Bereut Saffran?

Der Menschenjäger von Rastenburg "entschuldigt" sich - Auch Kipnick beichtet der Witwe des Ermordeten.

SPD. Bartenstein, 24. März (Eig. Drahtber

Der zweite Verhandlungstag des Saffran-Prozesses begann mit einer aufsehererregenden Erklärung. Rechtsanwalt Bötticher, der Verteidiger der Angeklagte Augustin, führte aus: "Die Angeklagte Augustin teilt mir mit, dass der Angeklagte Kipnick gestern in der grossen Pause versucht hat, sie wiederum zu beeinflussen. Er habe sich in einem unbewachten Augenblick zu ihr herüber gebeugt und ihr zugeflüstert: "Ella, rette mich, dann rette ich Dich auch!" Kipnick wird vom Vorsitzenden gefragt, was er hierzu zu sagen hat. Der Angeklagte wird sehr bleich, kann erst überhaupt keine Worte finden - dann bestreitet er energisch die Aeusserung, die schon deshalb unmöglich gewesen sei, weil jederzeit Beamte die Angeklagten bewacht hätten. Rechtsanwalt Dr. Pröll behauptet indes, dass die Möglichkeit zu einem derartigen Zwiegespräch bestanden habe.

Böse Gedanken...

Dann folgte die Vernehmung der Zeugen. Zunächst schildert der Hilfsmonteur Friedericzik den von Saffran und Kipnick am 15. Juli auf ihn verübten Ueberfall. Er war abends in Sensburg auf dem Nachhausewege, als er von Kipnick, der aus dem Adlerwagen stieg, nach dem Wege nach Sorquitten gefragt wurde. Er erklärte sich schliesslich bereit, bis zu diesem Wege mitzufahren. Als er, an Ort und Stelle angelangt, aussteigen wollte, versetzte ihm Kipnick, der im Auto hinter ihm sass mehrere Schläge mit einem Totschläger. Der Zeuge konnte sich aufraffen und fliehen. Er sagt, dass er mit Bestimmtheit gesehen habe, wie Saffran ihn an seiner Jacke festzuhalten versuchte. Bei seiner Anstrengung, loszukommen, sei die Jacke entzweigerissen. Saffran bestreitet, den Zeugen festgehalten zu haben. Mit Tränen in den Augen sagt er: Ich habe damals böse Gedanken gehabt. Ich habe aber nie die Absicht gehabt, Sie umzubringen. Ich bitte Sie um Verzeihung".

"Verzeihen Sie mir!"

Als weitere Zeugin steht dann die Witwe des ermordeten Melkers Dahl vor Gericht. Sie hat ihren Mann erst im April 1930 geheiratet. Zuletzt sah sie ihn lebend am 22. September, als ihr Mann mit einem Fahrrad nach Lötzen auf Arbeitssuche fuhr. An den ihr vorliegenden Stoffresten erkennt Frau Dahl, dass sie zur Kleidung ihres Mannes gehörten. Saffran steht auf und sagt zu Frau Dahl, wieder mit Tränen kämpfend: "Ich bitte Sie, ich flehe Sie an, verzeihen Sie mir. Ich habe furchtbar gelitten, schreckliche Stunden durchgemacht. (Fast unmerklich schüttelt Frau Dahl den Kopf) Wenn Sie mir jetzt nicht verzeihen können, dann später, ich bitte Sie". Auch Kipnick scheint in diesem Augenblick sehr bewegt; Ella Augustin weint - - Frau Dahl schluchzt vor sich hin. Kipnick: "Ich bin erschüttert, mitgeholfen zu haben an der Ermordung Ihres Mannes. Es war nicht meine Absicht, zu töten. Ich habe auch nicht getötet. Verzeihen Sie mir. Wenn ich mir vorstelle, dass ich an der Stelle Ihres Gatten gewesen wäre, und dass jetzt meine Frau und mein Kind allein zurückgelassen worden wären... -: ich weiss nicht, was ich tun soll." Dazu bemerkt der Anklagevertreter: "Einer von den Angeklagten hat nun bestimmt geheuchelt. Jeder behauptet, nicht gemordet zu haben". Nochmals befragt, sagt Saffran, er habe die Wahrheit gesagt. Kipnick erklärt: "Ich kann nicht mehr sagen, als ich gemacht habe".

Ein Ohnmachtsanfall.

Etwas dramatisch gestaltet sich die Vernehmung des Polizeinspektors

Kleiss, eines weit entfernten Verwandten Saffrans. Kleiss war der Leiter der Rastenburger Kriminalpolizei. Ihm wird der Vorwurf gemacht, dass er Saffran habe absichtlich entfliehen lassen. Deshalb schwebt gegen ihn auch ein Disziplinarverfahren. Er sagt aus, er habe nach dem Brande geglaubt, dass Saffran schon längst das Weite gesucht habe. Als er von der beabsichtigten Autofahrt erfuhr, sei er im Glauben gewesen, die Angeklagten Ella Augustin wolle Saffran folgen. Als das Auto dann durch die Strasse fuhr, in der er und die Polizeibeamten sich aufgestellt hatten, sei er um Augenblicke zu spät vorgespungen. Er bedauere seine Ungeschicklichkeit.

Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter Hoernke sagt aus, dass nach dem Eindruck, den er von den Angeklagten habe, Kipnick die tödlichen Schüsse auf Dahl abgegeben haben müsse. Er sei am schwersten zu behandeln gewesen und habe immer nur das gestanden, was ihm schwarz auf weiss bewiesen werden konnte. Dann wird der Schwiegervater Saffrans, der frühere Sattlermeister Platz als Zeuge vernommen. Er sagt, dass er zu Saffran das grösste Vertrauen gehabt habe und ihm ein Verbrechen nie zugetraut hätte. Von den finanziellen Schwierigkeiten des Geschäftes habe er nichts gewusst. Während seiner Vernehmung bricht er in heftiges Weinen aus. Plötzlich erleidet er einen Ohnmachtsanfall und fällt vom Stuhl.

+ + +

Ullstein=Prozess. Die Beweisaufnahme im Prozess Georg Bernhard contra Franz Ullstein, der seit mehreren Tagen vor dem Einzelrichter des Amtsgerichts Berlin=Mitte verhandelt wird, ist geschlossen. Ihr letzter Gegenstand war jener vielumstrittene Liebesbrief, den Friedrich Sieburg, früher Pariser, jetzt Londoner Korrespondent der "Frankfurter Zeitung", an die frühere Journalistin Rosi Grävenberg, spätere Frau Dr. Franz Ullstein geschrieben haben soll. In diesem Brief, in dem sich Friedrich Sieburg angeblich dafür bedankt haben soll, dass Frau Grävenberg ihn nach dem beabsichtigten Sturze Georg Bernhards zum Chefredakteur der "Vossischen Zeitung" befördern wollte, hatte Georg Bernhard einen der verschiedenen unzulässigen Protegierungsversuche der Frau Grävenberg gesehen. Sieburg verwahrte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, den Brief, der von Georg Bernhard im Original nicht vorgelegt werden konnte, geschrieben zu haben. Schliesslich legte er Wert auf die Feststellung, dass er es weder nötig habe, sich durch die Mithilfe von Verlegersgattinnen Chefredakteurstellen zu erschleichen, noch daran denke, den Redaktionsverband der "Frankfurter Zeitung" zu verlassen, da es in diesem Betriebe erfreulicherweise keinerlei internen Streit gäbe - eine Feststellung, die angesichts der vor Gericht aufgerollten Vorgänge im Hause Ullstein allgemeine Heiterkeit auslöste...

Die Eindeutigkeit dieser Zeugenaussage veranlasste den Rechtsvertreter Georg Bernhards schliesslich zu der Erklärung, dass er sich davon überzeugt habe, dass der Brief Friedrich Sieburgs nicht echt sei - wozu noch zu bemerken ist, dass die Zeugenaussagen der vorhergehenden Tage ziemlich klar werden liessen, wer sein Fabrikant ist: der berüchtigte Separatist und Dokumentenfälscher Matthes, dessen Raffiniertheit und Kriminalität Georg Bernhard zum Opfer gefallen ist.

Trotz der jetzt wesentlich geklärten Situation führten Vergleichsverhandlungen zu keinem Erfolg. Der Mittwoch bleibt verhandlungsfrei, der Donnerstag und Freitag den Plädoyers vorbehalten. Das Urteil wird vermutlich in der nächsten Woche verkündet werden.

+ + +

Die umstrittene Tochter. Ein sensationeller Prozess wegen Kindesunter-schiebung schwebt vor dem Pariser Zivilgericht. Der Pariser Rechtsanwalt Meller hat gegen seine jetzt 37 Jahre alte und längst verheiratete Tochter eine Klage auf Rückerstattung der von ihm für ihre Erziehung und Aussteuer ausgegebene Summe von 171 000 Francs mit der Begründung angestrengt, dass es sich gar nicht um seine natürlich Tochter handelt. Rechtsanwalt Meller verlangt zugleich die Aberkennung der Vaterschaft.

Meller hatte als Student im Jahre 1893 mit einer in Paris ansässigen österreichischen Lehrerin, Fräulein Stroh, intime Beziehungen unterhalten. Da er eine Stellung in der Zivilverwaltung der französischen Kolonie Tonking annahm, brach er die Beziehungen zu seiner Geliebten ab. Diese kündigte ihm aber vor seiner Abreise an, dass sie bald Mutter werden würde. Meller vertraute daher seine Geliebte einer bekannten Dame an, die ein Heim für junge Mütter leitete. In diesem Heim gebar Fräulein Stroh am 1.11.1894 eine Tochter, die beim Standesamt als Kind einer unbekanntem Mutter und eines unbekanntem Vaters eingeschrieben wurde. Als Meller einige Jahre später nach Paris zurückkehrte, stellte ihm die Heimleiterin ein junges Mädchen als seine Tochter vor mit dem Bemerkung, dass die Mutter inzwischen nach Oesterreich verzogen sei. Im Jahre 1913 erkannte Meller schliesslich das Mädchen als seine rechtmässige Tochter an, die sich dann zwei Jahre später mit einem Fabrikanten verheiratete. Im Jahre 1925 wurde aber Meller von einer Freundin der inzwischen verstorbenen Heimleiterin die vertrauliche Mitteilung gemacht, dass man ihm anstelle seiner wahren Tochter ein anderes Mädchen unterschoben habe. Seine Geliebte habe ihre Tochter nicht ausgesetzt, sondern sei mit ihr zusammen nach Oesterreich zurückgekehrt. Inzwischen will Meller aufgrund eingehender Nachforschungen festgestellt haben, dass diese Behauptungen der Wahrheit entsprechen. Fräulein Stroh soll danach von Oesterreich nach Amerika ausgewandert sein, und, nachdem sie sich in Milwaukee verheiratet hat, gestorben sein. Ihre und Mellers Tochter soll dort ebenfalls mit einem Angestellten namens Schultz ein Ehebündnis eingegangen sein. Die Klage Mellers auf Rückerstattung des Geldes ist inzwischen in erster Instanz abgewiesen worden. In den nächsten Tagen sollte die Berufungsverhandlung stattfinden. Sie wurde jedoch infolge der neuen Klage auf Aberkennung der Vaterschaft vertagt.

+ + +
Zeppelin fahrklar. Die Füllung des Luftschiffes "Graf Zeppelin" ist beendet. Das Luftschiff liegt fahrklar in der Friedrichshafener Halle. Am Sonnabend den 28. März findet der seit langem vorgesehene Landungsflug nach Budapest statt

+ + +
Hexenprozess: Zuchthausurteile. Die beiden Angeklagten des Hexenprozesses in Stade, der Viehhändler Thiedemann und der Hofbesitzer Meyer, wurden zu vier bzw. 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten waren der vorsätzlichen Brandstiftung angeklagt, Antrag des Staatsanwalts und Urteilsbegründung lauteten entsprechend. In der Urteilsbegründung wird zum Ausdruck gebracht, dass das Gericht vom Aberglauben der Angeklagten überzeugt sei. Es heisst weiter, die Angeklagten seien sicher der Meinung gewesen, dass die Frau ihres Nachbarn Höft, dessen Haus sie in Brand steckten, über Hexenkräfte verfüge: das Ehepaar Höft kam, wie berichtet, bei dem Brand ums Leben. Die Sachverständigen hatten die Angeklagten für ihre Tat verantwortlich erklärt, aber in ihrem Aberglauben erblickte das Gericht einen mildernden Umstand.

+ + +
Neues Krebs-Serum? Dem Londoner Arzt Thomas Lumse soll die Entdeckung eines Serums gelungen sein, das Krebsgewebe abtötet, ohne gesunde Gewebe anzugreifen.

+ + +
Siebenjährige Lebensretterin. In Heidelberg rettete ein siebenjähriges Mädchen ihre fünfjährige Freundin, die an der Alten Brücke in den Neckar gefallen war. Die Siebenjährige sprang ihrer Freundin nach, packte sie an den Haaren und erreichte schwimmend mit ihr das Ufer.

+ + +
Verhafteter Kirchenrat. In Heidelberg wurde der evangelische Kirchenrat und Bäckermeister Straub unter der Beschuldigung der Brandstiftung verhaftet. Straub war beobachtet worden, wie er in Hoffenheim ein Wirtschaftsgebäude und Wohnhaus seines Bruders Karl Straub in Brand steckte. Man gimmt an, dass der Kirchenrat, der bei der polizeilichen Vernehmung bereits ein Geständnis ablegte, einen Versicherungsbetrug beabsichtigte, wobei er mit seinem Bruder, der gleichfalls als ein sehr frommer Mann bekannt war, im Einverständnis gehandelt zu haben scheint.



Frankreichs Einwanderungssperre.

Vorsicht bei Arbeitsannahme.

SPD. Frankreich hatte in den letzten Jahren infolge des durch den Niedergang seiner Währung hervorgerufenen glänzenden Absatzes seiner Industrieerzeugnisse im Ausland grossen Bedarf an ausländischen Arbeitern. Da auch das Inlandsgeschäft blühte und die Bautätigkeit ständig zunahm, sah man sich in immer stärkerer Masse gezwungen, die fehlende Arbeitskraft aus dem Auslande einzuführen. Und nicht zuletzt war es die Landwirtschaft, die über Mangel an Arbeitern klagt und teilweise noch klagt, da sich in Frankreich eine starke Flucht vom Lande in die Stadt, d.h. in die Industrie bemerkbar macht. Es war daher ganz natürlich, dass der ausländische Arbeiter, der in Frankreich Beschäftigung suchte, mit offenen Armen aufgenommen wurde. Ja, die Regierung richtete sogar in verschiedenen Ländern, besonders in Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, offizielle Arbeitsvermittlungsstellen ein, die dort Arbeiter anwerben sollten.

Der Zuzug nach Frankreich war gross. Polen, Rumänen und Tschechen fanden besonders im nord- und ostfranzösischen Kohlenbergbau und in der Hüttenindustrie Beschäftigung, Italiener und Spanier kamen in ganz Frankreich in der Bauindustrie, und in Südfrankreich besonders in der Landwirtschaft unter. Eine grosse Anzahl von Russen, die seit der Errichtung der Sowjetrepublik in Frankreich eine zweite Heimat fanden, arbeitete vor allem in der Automobilindustrie. Die Einwanderung deutscher Arbeiter war infolge der durch den Krieg geschaffenen Lage anfangs sehr erschwert. Erst nach dem Abschluss des deutsch-französischen Handelsvertrages im August 1927 verstärkte sich der Zuzug deutscher Arbeiter. Abgesehen von den Arbeitern, die von deutschen Unternehmungen bei der Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten auf Sachlieferungskonto (z.B. bei Kanalbauten in Lothringen und der Errichtung des grossen Kraftwerkes in den Seealpen nördlich von Nizza) beschäftigt sind oder waren, handelt es sich bei den Deutschen in der Hauptsache um Spezialarbeiter, an denen es in verschiedenen französischen Industrien der Feinmechanik, im Schreibmaschinen- und Klavierbau, sowie in der optischen Industrie fehlt. Die Zahl der in Frankreich ansässigen deutschen Arbeiter war daher niemals sehr gross.

Nun ist auch Frankreich von der Weltwirtschaftskrise betroffen, und der Mangel an Arbeitskraft schlug in Arbeitslosigkeit um. Nicht nur die Einwanderung ausländischer Arbeiter ist geringer geworden, es macht sich auch eine starke Rückwanderung der Ausländer in ihre Heimat bemerkbar. Im Oktober 1930 sind 3 137, im November 3 879 und im Dezember 4 418 Arbeiter weniger als in den entsprechenden Monaten des Jahres 1929 nach Frankreich gekommen. Die Zahl der im November und Dezember eingewanderten Arbeiter betrug 11 112. In den ersten Monaten des Jahres 1931 ist der Rückgang der Einwanderung noch viel bedeutender. Im Januar, Februar und in der ersten Märzhälfte hat Frankreich zusammen nur 5 860 ausländische Arbeiter aufgenommen. Das Angebot war sicherlich viel grösser, aber das französische Arbeitsministerium, dessen Genehmigung für die Einwanderung notwendig ist, sieht sich gezwungen, zum Schutze der französischen Arbeiter nur die unbedingt erforderlichen ausländischen Arbeitskräfte nach Frankreich hineinzulassen. Während es früher leicht möglich war, die Arbeitserlaubnis nachträglich zu erhalten, falls ein Ausländer nur mit einem

einfachen Reisevisum nach Frankreich gekommen war und hier eine Stellung gefunden hatte, setzen sich jetzt Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem solchen Falle strengen Bestrafungen aus. Der Arbeitnehmer wird gewöhnlich sofort aus Frankreich ausgewiesen.

So begreiflich es auch sein mag, wenn infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland ein deutscher Arbeiter ein Unterkommen in Frankreich sucht, so ist doch aus den erwähnten Gründen von einer Uebersiedlung nach Frankreich zu warnen. Auf alle Fälle muss vorher durch Vermittlung des französischen Generalkonsulats in Köln die Arbeitserlaubnis des Arbeitsministeriums gesichert werden. Aber selbst in diesem Falle ist der Ausreiseentschluss noch reiflich zu überlegen, denn die Arbeitserlaubnis kann bereits nach 3 Monaten widerrufen werden. Der Arbeiter müsste also dann Frankreich wieder verlassen und hätte in den meisten Fällen seine kurze Beschäftigung in Frankreich mit grossen materiellen Opfern bezahlt.

Dass die Rückwanderung, sei es die freiwillige oder die gezwungene, tatsächlich immer grösseren Umfang annimmt, geht aus den statistischen Erhebungen hervor. Im Jahre 1929 haben 38 870 Arbeiter Frankreich wieder verlassen. Im vergangenen Jahre waren es bereits 43 789, und in diesem Jahre werden es sicher mehr als 50 000 sein, da sich die Wirtschaftskrise in Frankreich noch nicht voll ausgewirkt hat.

SPD. Die neuen Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt zeigen noch keine Entlastung des Arbeitsmarktes. Von den verfügbaren Arbeitssuchenden waren am 15. März rund 4 980 000 als arbeitslos anzusehen. Davon entfielen 43,5 % auf die Saisonarbeitslosen und 56,5 % auf die übrigen Berufsgruppen. Während Ende Februar rund 2 589 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung betreut wurden, belief sich die entsprechende Zahl Mitte März auf rund 2 526 000. Die Belastung der Krisenfürsorge ist weiter gestiegen und zwar von rund 908 000 Hauptunterstützungsempfänger Ende Februar auf rund 949 000 Mitte März. Die Aufteilung der Gesamtzahl der Arbeitslosen auf die verschiedenen Gruppen steht für Mitte März noch nicht fest; nach den vorläufigen Ergebnissen der Statistik für Ende Februar waren von den in diesem Zeitpunkt gezählten Arbeitslosen 52,1 % Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 18,3 % in der Krisenfürsorge und ebenso viel in der Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden. Der Rest dürfte sich im Wechsel zwischen Beschäftigung und Unterstützung oder in der Wartezeit befunden haben.

Die Belegung im Bekleidungs-gewerbe, besonders in der Konfektion, zum Teil auch in der Schuhindustrie, hat angehalten, aber den Umfang, den sie im Vorjahr hatte, noch nicht erreicht. Im Baugewerbe und in der Industrie der Steine und Erden haben Frost und Schneefall zunächst einen Rückschlag gebracht. Unverändert ungünstig ist die Lage im Kohlenbergbau, in der Schwereisenindustrie und im allgemeinen auch in der Metallindustrie. Die Anforderungen aus der Landwirtschaft gingen nur sehr zögernd und in unzureichendem Umfang ein.

Trotz der augenblicklich noch vorhandenen Stagnation auf dem Arbeitsmarkt darf man damit rechnen, dass in der zweiten Märzhälfte mit der Besserung des Wetters eine saisonale Entlastung eintreten wird. Im Vorjahr betrug der Rückgang der Arbeitslosenziffer im März rund 300 000. Dies Jahr dürfte er daher für die zweite Märzhälfte 100 000 bis 150 000 ausmachen.

In der Versicherung haben wir zur Zeit einen Rückgang der Arbeitslosenziffer um 60 000 zu verzeichnen, in der Krisenfürsorge einen Zugang um 40 000. Es bleibt also eine Differenz von 20 000. Die in ihr enthaltenen Arbeitslosen belasten die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden. Das ergibt erneut Veranlassung, die Reichsregierung darauf aufmerksam zu machen, dass noch immer keine Zusammenfassung der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung in einer Reichsarbeitslosenfürsorge zwecks Entlastung der Gemeinden geschaffen ist. Diese Entlastung

kann nicht auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die Reichsarbeitslosenfürsorge muss geschaffen werden bevor der Reichstag sich vertagt.

SPD. Die in der letzten Woche abgebrochenen Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter sind am Dienstag wieder aufgenommen worden. Sie haben wiederum zu keinem Ergebnis geführt.

Die Regierung hat den in der letzten Woche gemachten Vorschlag, die Löhne um acht Prozent zu kürzen, am Dienstag noch verschlechtert. Sie verlangt jetzt einen zehnprozentigen Lohnabbau. Die Organisationen haben im Verlauf der Verhandlungen der Regierung einen Gegenvorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 48 Stunden festzusetzen, was ohne weiteres einen Lohnabbau von mindestens sechs Prozent bedeuten würde. Nach längeren Verhandlungen erklärten die Regierungsvertreter, einen weiteren Vorschlag nicht machen zu können. Die Gelegenheit müsse nunmehr das Kabinett beschäftigen.-

Es besteht der begründete Verdacht, dass man die Lohnverhandlungen solange hinausschieben will, bis der Reichstag vertagt ist, damit er nicht eventuell auf die Lohnverhandlungen Einfluss ausüben kann. Nach dem Verlauf der Verhandlungen vom Dienstag scheint eine Einflussnahme der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nunmehr notwendig zu sein.

SPD. Im Lohnstreit für die rund 19 000 Gemeindearbeiter im Tarifgebiet Rhein-Main ist vom Zentralausschuss ein Schiedsspruch gefällt worden. Er sieht folgende Regelung vor: Die gegenwärtigen Tarifstundenlöhne werden ab 1. April um 6 % gesenkt. Bei der Arbeitszeitverkürzung um 4 und mehr Stunden pro Woche bleibt es bei den alten Stundenlöhnen. Die Neuregelung kann erstmalig zum 30. September gekündigt werden.

Der kommunale Arbeitgeberverband, Sitz Frankfurt/Main, hatte einen Abbau der Grundlöhne um 8 % und dazu einen Zulagenabbau gefordert. Eine Erklärung der Parteien zu dem Spruch liegt noch nicht vor. Seit Monaten arbeitet das Gros der hier in Frage kommenden Arbeiter bereits verkürzt.-

Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebe und dem Gesamtverband ist eine Lohnkürzung um 4 bis 5 % ab 1. April vereinbart worden.

SPD. Die Meierschichtenklage der Eisenbahnergewerkschaften gegen die Reichsbahn kam am Dienstag vor dem Landesarbeitsgericht Dresden zur Berufungsverhandlung. Die Reichsbahnverwaltung war vertreten durch Rechtsanwalt Meissinger-Berlin, die Klagepartei durch Bezirksleiter Voelkers und Gerichtsassessor Jacoby-Berlin. Die Entscheidung fällt am 31. März.

In der Verhandlung stellte sich Meissinger auf den Standpunkt, es müsse dem Arbeitgeber möglich sein, durch Abschluss besonders gearteter Teilarbeitsverträge die Arbeitnehmer der Wirksamkeit des Tarifvertrags zu entziehen. Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, dass die Anerkennung eines solchen Standpunktes das Ende des kollektiven Arbeitsverhältnisses bedeute, da der Arbeitgeber alsdann jeden Tarifvertrag beseitigen könne, dessen Bestimmungen ihm nicht passen.

SPD. In Eberswalde ist es dem Deutschen Metallarbeiterverband gelungen, bei der Firma Hirsch-Kupfer-Messingwerk A.G. eine Verkürzung der Arbeitszeit zwecks Neueinstellung von 200 Arbeitern durchzusetzen. Die Betriebsleitung erklärte sich bereit, die Arbeitszeit im allgemeinen von 48 auf 40 Stunden zu kürzen. Für die unteren Lohngruppen wurde die 48-stündige Arbeitszeit beibehalten, weil sonst der Verdienstaufall zu grosse würde. 80 Neueinstellungen erfolgten sofort.

Wieder ein erfreuliches Zeichen praktischer Gewerkschaftsarbeit und opferbereiter Solidarität der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter mit den arbeitslosen Kameraden!

SPD. Der Schöpfer der Gewerkschaftsbewegung der französischen Eisenbahner Eugen Guerard ist in Paris im Alter von 74 Jahren gestorben. Guerard war einer der Veteranen des französischen Sozialismus. Er gehörte zu den entschiedenen Verfechtern des Generalstreiks.

SPD. Ein Prachtexemplar von Arbeitervertreter in der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist ein gewisser Ziert in Sieglar bei Siegburg. Die Kündigung des Lohn tariffs durch den Arbeitgeberverband der chemischen Industrie gibt ihm Anlass, gegen die freien Gewerkschaften und ihre Betriebsratskandidaten mit Lüge und Verleumdung zu Felde zu ziehen. Wer ist nun dieser Ziert eigentlich?

Er war früher Vorsitzender des Betriebsrats der Rheinisch-westfälischen Sprengstofffabrik in Troisdorf bei Siegburg und gehörte der KPD an. Von der Firma liess er sich eine gute Wohnung verschaffen. Zum Dank dafür betätigte er sich als Abwürger eines Streiks. Vor dem Entrüstungsturm der Arbeiter konnte er sich nurdurch einen Sprung aus dem Fenster retten. In Greseling bei München würgte er dann als Beauftragter der Direktion abermals einen Streik in dem der gleichen Firma gehörenden Werk ab. Die Direktion schickte ihn dafür auf ihre Kosten sechs Wochen nach Rübenach zur Erholung. Im Betrieb war Ziert jetzt natürlich unten durch, und daher gründete er mit dem "Revolutionär" Eisel ein eigenes Unternehmen "Eisel & Ziert, Nagelfabrik G.m.b.H.". Die Räume dafür stellte ihm seine bisherige Firma zur Verfügung; das Betriebskapital pumpete er sich zusammen. Der "Fabrikant" Ziert trat aus der KPD und in die Deutsche Volkspartei ein. Als der Laden nicht mehr klappte, schrieb er Bettelbriefe an einen bekannten Grossindustriellen und nicht umsonst. Noch im Dezember erhielt er 100 Mark. Da er aber trotzdem pleite ging, kehrte er wieder zur KPD zurück und heute ziert er die Liste der RGO auf der Rheinisch-westfälischen Sprengstoff und schreibt - Schmähschriften gegen ehrliche, aufrechte Arbeiter.

Wahrhaftig, dieser Ziert ist wirklich eine Zierde der RGO.

SPD. Die Tarifverhandlungen für die schlesische Textilindustrie, die am Sonnabend aufflogen, sind am Dienstag im Reichsarbeitsministerium wieder aufgenommen worden und zwar wieder unter dem Schlichter Dr. Völckers. Es ist mit der baldigen Fällung eines Schiedsspruchs zu rechnen, da die Zeit drängt. Der alte Tarif läuft Ende März ab.

Wirtschaft Technik Handel

Weizensorgen.

Deutschlands Stellung auch bei niedrigstem Weizen Zoll unangreifbar.

SPD. Die Weltgetreidemärkte sind einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt, die ihren Ausgangspunkt von den nordamerikanischen Stützungsmaßnahmen genommen hat.

Das Bundesfarmamt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatte in den letzten Monaten riesige Weizenmengen aufgestapelt, um den Absturz der Weizenpreise zu verhindern und die nordamerikanische Agrarkrise zu mildern. Wie gross die Mengen eigentlich sind, die das Farmamt aufgekauft hat, ist nicht genau bekannt. Die besten Schätzungen schwanken (einschliesslich der noch abzunehmenden März- und Maiabschlüsse) zwischen 4 und 5½ Millionen Tonnen. Das scheint auch für die riesigen Mittel des nordamerikanischen Bundesfarmamts zu viel zu sein. Wenn es dem Farmamt nicht am Geld fehlt, so fehlt es schliesslich an Lagerraum, der schon seit langem bedenklich knapp geworden ist und der angesichts der kommenden Ernte immer mehr Kopfzerbrechen macht.

Unter dem Druck des sich verknappten Lagerraums erklärte das Farmamt, es wolle bis zum Ende des Erntejahres, also nach amerikanischen Begriffen etwa bis Ende Juni, 1 Million Tonnen Weizen am Weltmarkt verkaufen, "selbstverständlich zu Weltmarktpreisen und ohne zu dumpfen". Der Erfolg war eine starke Nervenkrise für den Markt, denn wenn Nordamerika für die neue Ernte Platz schaffen muss, so ist dieser Zwang in Kanada noch stärker, wo die Banken den Weizenpool laufend zu Abgaben drängen. Zwang zum Verkaufen macht sich aber auch in Argentinien und Australien geltend, wo der Mangel an Lagerräumen noch katastrophaler ist als in Nordamerika.

Zu derselben Zeit hörte man wieder von stärkerem russischen Angebot und vor allem von laufenden Schiffsmietungen durch die Russen, was immerhin darauf hindeuten lässt, dass das russische Getreideangebot in der nächsten Zeit eher zu- als abnehmen wird. Nach derselben Richtung wirkt der Stand der Saaten in Nordamerika und in grossen Teilen Europas, die, soweit sich bisher erkennen lässt, nicht schlecht durch den Winter gekommen sind. Auch hat man nirgends daran gedacht, den Getreideanbau wirklich ernsthaft einzuschränken.

Angesichts der Situation kann es nicht wunder nehmen, dass die Verkäufer selbst nicht durch niedrige Preise die europäischen Zuschussgebiete aus ihrer Zurückhaltung herauslocken konnten. Es ergaben sich höchstens bessere Preise für Futtergetreide und Futtermittel, weil der langanhaltende Nachwinter den ersten Weidegang des Viehs viel weiter hinausschiebt als man erwartet hatte. Aber auch hier macht sich in letzter Zeit der Druck der kommenden, wahrscheinlich übergrossen argentinischen Maisernte bemerkbar.

Mit dem geplanten Verkauf des nordamerikanischen Farmamts ist es nun eine Sache für sich. Wie man hört, hat man sogar versucht, in Ostasien, besonders in China, nordamerikanischen Weizen los zu werden. Bedarf ist dort schon vorhanden; aber wer soll derartige unsichere Verkäufe finanzieren? So wurden die Getreidemärkte gerade in der zweiten Hälfte des Monats März ausgesprochen flau.

In diese Situation hinein erklärte das nordamerikanische Bundesfarmamt, dass es seine Stützungen einstellen werde. Gestützt hatte das Farmamt bisher noch die Maisichten, während die Junisichten ungestützt blieben. Das führte an

der Chicagoer Börse dahin, dass die Maislichter mit 80 Cents, die Junislichter aber mit 60 bis 62 Cents notiert wurden. Bei diesem Beschluss dürfte aber, wie bereits bemerkt worden ist, der katastrophale Mangel an Lagerraum ausschlaggebend gewesen sein. So kommt Amerika hinsichtlich der Einschränkung des Weizenanbaus zu einer Radikalkur. In dem Augenblick, wo Amerika den Weizenpreis stürzen lässt, wird die Not Tausende und Abertausende Farmer vom Lande in die Städte treiben. Die Agrarkrise erhält in Nordamerika eine besondere Verschärfung und man weiss nicht, wann die nordamerikanische Industrie so weit ist, hier einen Ausgleich bieten und Farmer in den industriellen Produktionsprozess einreihen zu können.

Man wird abwarten müssen, wie sich die Massnahmen des nordamerikanischen Farmamts auf den Markt auswirken werden. Auswirkungen kommen für Deutschland nicht in Frage, weil es durch einen Weizenzoll, der mehr als doppelt so hoch ist als der ausländische Weizenpreis, mehr als geschützt ist. Die Bewegung der Getreidepreise in Deutschland hat dann auch gar nichts mit der Preisbewegung auf den Weltmärkten zu tun. Einen Ueberblick über die deutsche Getreidepreisbewegung gibt folgende Zusammenstellung:

	<u>Anfang März</u>	<u>Mitte März</u>	<u>24. März</u>
	(Berliner Börse in Mark pro Tonne)		
Weizen	289-291	293-295	277-279
Roggen	165-167	185-187	179-181

Die Preisbewegung ist in Deutschland durchaus künstlich. Die Steigerung der Getreide- und Mehlpreise hat eine Brotpreissteigerung in bedrohliche Nähe gerückt. Das Reichsernährungsministerium setzt sich aber zwischen zwei Stühle. Es will die politische Belastung einer Brotpreiserhöhung in dieser Zeit nicht auf sich nehmen. Andererseits kann es sich aber nicht zu einer Zollermässigung entschliessen. So blieb nichts anderes übrig, als einmal den Markt nach unten zu manipulieren, während man bis jetzt mit Zollen, Vermahlungszwang usw. den Preis nach oben getrieben hatte. Das ist fürs erste geglückt. Man hat es sogar verstanden, das Angebot aus dem Lande eine Kleinigkeit stärker werden zu lassen.

Auf die Dauer kann diese Politik keinen Erfolg haben. Dafür sind die Vorräte zu gering. Den besten Beweis dafür liefern die Bestandstatistiken des Deutschen Landwirtschaftsrats. Wenn diese Statistiken nicht völlig falsch sind dann muss sich die Knappheit bald wieder durchsetzen und zu neuen Haussen auf den deutschen Getreidemärkten führen. Es gibt für das Reichsernährungsministerium kein anderes Mittel als die Zollermässigung, Lockerung des Vermahlungszwanges und die Heraufsetzung der Roggenausmahlung. Der Schutzwall Deutschlands gegen die Baisse auf den Weltgetreidemärkten ist auch so stark, dass er eine Herabsetzung der Getreidezölle vertragen kann, ohne dass man die deutsche Landwirtschaft gefährdet.

SPD. Der deutsche Schuhaussenhandel zeigt im Monat Februar 1931 einen Ausfuhrüberschuss von 1,532 Millionen Mark = 128 300 Paar gegenüber 3,015 Millionen Mark = 287 000 Paar im Monat Februar 1930.

SPD. Eine Reihe von Berliner Brotfabriken hat das Ergebnis der Verhandlungen über die Brotpreiserhöhung nicht abgewartet und den Brotpreis von 48 auf 50 Pfennige erhöht.

SPD. Die Deutsche Rentenbank-Kreditanstalt weist für das verflossene Jahr Einnahmen in Höhe von 62,85 Millionen aus gegenüber 73,29 Millionen im Vorjahr. Davon verschlingen die Zinsen für Anleihen allein 43,59 Millionen (im vorigen Jahr 52,6 Millionen), die Handlungskosten haben sich mit 1,95 Millionen Mark (im Vorjahr 1,91 Millionen) etwas erhöht. Es wird ein Reingewinn von 14,92 Millionen ausgewiesen (im Vorjahr 16,01 Millionen), der in voller Höhe der Hauptrücklage zugeführt wird.

Der ganze Geschäftsbericht weist die Schäden der rechtsradikalen Bewegung auf dem landwirtschaftlichen Kreditmarkt nach. Das geht aus der Entwicklung der von der Rentenbank-Kreditanstalt vorgeschriebenen Höchstzinssätze für die Landwirte hervor. Der Höchstumsatz stellte sich im Januar 1930 auf 9 $\frac{1}{4}$ %. Infolge der günstigeren Geldmärkte und des sinkenden Reichsbankdiskonts fällt er bis auf 6 $\frac{1}{4}$ %. Dann kommt die Reichstagswahl vom 14. September. Im Anschluss daran musste auch die Reichsbank ihren Diskont erhöhen. Das treibt den Höchstzinssatz bis auf 7 $\frac{1}{4}$ herauf.

Im übrigen legt der Geschäftsbericht kreditpolitische Erfahrungen dar, die durchaus an die Methoden der Preussenkasse erinnern, die den Anhang der Rentenbank-Kreditanstalt nicht genügend bekämpfen kann. An sich haben sich die Personalkredite um 11 Millionen auf 293,8 Millionen gesteigert. Während die Preussenkasse also ihre Engagements rückläufig gestalten konnte, ist bei der Rentenbank-Kreditanstalt eine immerhin beachtenswerte Entwicklung nach oben eingetreten. Hinsichtlich des Realkreditgeschäfts wird bemerkt, dass die "bekannten Verhältnisse" - und diese Verhältnisse sind von der rechtsradikalen Bewegung in Deutschland beeinflusst worden - "es verhinderten, eine neue Auslandsanleihe aufzunehmen". Diese Feststellung wird manchem Radikalinski in der Landwirtschaft unangenehm aufstossen. Aber sie ist eben nicht wegzuleugnen. Der politische Radikalismus in der Landwirtschaft hat dem landwirtschaftlichen Kredit den grössten Schaden zugefügt. Andererseits teilt der Geschäftsbericht mit, dass die für Molkereizwecke bereitgestellten Kreditbeträge langsamer abgerufen worden sind als in früheren Jahren. Die Rentenbank-Kreditanstalt führt dafür mancherlei Gründe ins Feld. Ausschlaggebend wird wohl sein, dass sich das Institut zu einer verschärften Kreditkontrolle gezwungen sah, womit sie einen Weg beschreitet, den die Preussenkasse gewiesen hat und gegen den die agrarischen Drahtzieher nicht genug agitieren konnten. Ausdrücklich wird betont, dass auf die Nachprüfung der einzelnen Projekte nach der betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Seite vor der Kredithergabe besonderer Wert gelegt wurde und dass im Molkereiwesen die Auswahl der leitenden Personen von besonderer Bedeutung ist. Nichts mehr und nichts weniger hat die Preussenkasse mit ihrer Kreditkontrolle gewollt. Unsere grossagrарischen Kreise sehen also schon die Bedeutung der Kreditkontrolle ein, wenn sie selbst für die Kredite gerade zu stehen haben. (Darf nicht vor Freitag morgen veröffentlicht werden.)

SPD. Die Schweinezählung vom 2. März hat einen Schweinebestand von 21,8 Millionen Stück ergeben. Das sind 3,1 Millionen = 16,8 % mehr als im Vorjahr. An der Bestandsvergrösserung sind alle Altersklassen beteiligt. Der Bestand an Jungschweinen und Ferkeln hat um 19,6 bzw. 14,7 % zugenommen, der $\frac{1}{2}$ bis 1 Jahr alten Schweine um 13 % und der über 1 Jahr alten Tiere um 17,2 %. An jüngeren Zuchtsauen hat sich zwar der Gesamtbestand um 16 000 Tiere d. i. um 2,2 %, insbesondere der der trächtigen Tiere dieser Altersklasse um 40 000 oder 6,8 % verringert; dagegen ist die Zahl der älteren Zuchtsauen noch um 287 000 Stück oder 23,4 % angestiegen, darunter die Zahl der trächtigen Tiere dieser Altersklasse um 140 000 oder um 17,1 %.

Berliner Viehmarkt.

(24. März)

SPD. Der Preisabschlag setzte sich auf dem Schweinemarkt auch am Dienstag fort; die Preisbewegung war durchaus von dem allzu reichlichen Auftrieb diktiert. Das Ausmass der Preissenkung blieb hinter dem am Freitagmarkt zurück. Der Hammelmarkt holte den Preisabschlag nach, den die anderen Märkte bereits am Freitag vorgenommen hatten, z.T. betrug der Preisabschlag hier 3 Pfennige pro Pfund Lebendgewicht. Auch auf dem Rinder- und Kälbermarkt genügte der Auftrieb. Es gab langsames Geschäft mit nachgebenden Preisen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 31 - 36 (voriger Markt 31 - 38), b) 24 - 30 (25 - 30), c) 21 - 24 (21 - 24), d) 18 - 20 (18 - 20). Kälber: a) - (-), b) 60 - 68 (63 - 73), c) 50 - 62 (50 - 65), d) 30 - 45 (32 - 45). Schweine: a) (über 300 Pfund) 46 - 47 (47 - 49), b) (240 - 300 Pfd.) 46 - 47 (48 - 49), c) (200 - 240 Pfd.) 45 - 47 (47 - 48), d) (160 - 200 Pfd.) 43 - 46 (43 - 47), e) (120 - 160 Pfd.) 40 - 43 (41 - 43), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 41 - 42 (43 - 44).

SPD. Aus Köln wird uns gemeldet: Die am Sonntag eröffnete Kölner Messe ist von Ausstellern schlechter besucht als in früheren Jahren. Man kommt diesmal mit 2/5 des früher in Anspruch genommenen Raumes aus. Ueberhaupt ist die Messe mehr eine Schau- und Reklamemesse geworden. Ausgestellt hat z.B. auch eine Reihe von Bausparkassen. Das sind Aussteller, die eigentlich mit einer Messe nichts zu tun haben. Die Möbelmesse ist ganz ausgefallen, wie überhaupt die reinen Geschäftsstände gegenüber früher abgenommen haben. Woher der Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der bei der Eröffnung der Messe die Hoffnung aussprach, dass sich dieses Unternehmen lebensfähig erweisen werde, den Mut für diesen Optimismus nimmt, ist nicht ganz erfindlich.

Der Besuch von Interessenten ist im allgemeinen bis jetzt nicht hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Mit dem Geschäft hapert allerdings. Das gilt z.B. für den Haus- und Wohnbedarf und für Textilien.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 16. bis 21. März 1931 auf 91,7 gegenüber 91,8 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 86,6 (87,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 81,8 (81,7) und Gruppe Handel und Verkehr auf 113,6 (113,2).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 24. März: I. 136 Mark, II. 128 Mark, III. 114 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

Roggen behauptet, Weizen schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 24. März.)

SPD. An der Berliner Erzeugnissebörse war am Dienstag die Stimmung für Roggen gut behauptet. Das Angebot an prompter Ware blieb äusserst knapp, während die Mühlen gute Kauflust zeigten, da es ihnen anscheinend an Material fehlt. So konnten die Preise zum Teil um 1 Mark anziehen und auch im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft lauteten die Notizen für den laufenden Monat etwas höher. Die späteren Sichten blieben unverändert. Weizen dagegen hatte sehr schwache Tendenz. Obwohl das Angebot an prompter Ware auch hierin nicht gross war, mussten bei geringer Kauflust der Mühlen die Lokonotizen um 1 Mark zurückgehen. Erheblich grössere Preisverluste hatten die späteren Sichten Mai und Juli zu verzeichnen. Der Mehlmarkt blieb weiter vollkommen lustlos. Die Forderungen der Mühlen waren zwar etwas herabgesetzt, jedoch hielten sich die Käufer sehr zurück. Hafer hatte stetige Tendenz, jedoch hielten sich auch hier die Käufer zurück, da sie die hohen Forderungen der Eigener nicht bezahlen wollten.

	<u>23. März</u>	<u>24. März</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	279 - 281	277 - 279
Roggen	179 - 181	179 - 181
Braugerste	222 - 232	222 - 232
Futter- und Industrierogerste	206 - 222	206 - 222
Hafer	158 - 162	158 - 162
Weizenmehl	33,75 - 40,00	33,75 - 40,00
Roggenmehl	25,25 - 28,90	25,25 - 28,90
Weizenkleie	13,30 - 13,60	13,30 - 13,60
Roggenkleie	12,50 - 12,75	12,50 - 12,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 295 - 294 (Vortag: 296), Mai 293 (295½), Juli 291-291½ Geld (293). Roggen März 196 (195), Mai 195½ (195½), Juli 194 (194½). Hafer März 167 (-), Mai 174½ plus Brief (174½).

Rauhfutternotierungen.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RH	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh "	RH	0,50 - 0,60
" " Haferstroh "	RH	0,50 - 0,65
" " Gerstenstroh "	RH	0,50 - 0,65
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RH	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RH	0,55 - 0,75
" " Weizenstroh	RH	0,45 - 0,65
Häcksel	RH	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RH	1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	RH	1,80 - 2,20
Thymothee, lose	RH	2,90 - 3,25
Kleeheu, lose	RH	2,50 - 3,00
Mielitz=Heu, lose, rein (Warthe)	RH	1,60 - 1,80
" " " " (Havel)	RH	1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	RH	0,30 über Notiz.

Tendenz ruhig.

Deutscher Reichstag

50. Sitzung vom 24. März 1931.

SPD. Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Reichshaushaltsgesetzes für 1931. Von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, des Landvolks und der Volkskonservativen, ist zur dritten Beratung des Etats der Spar-Ermächtigungsantrag eingegangen, der die Regierung Brüning ermächtigt, Ausgaben bis zur Gesamthöhe der Mehrausgaben oder Mindereinnahmen abzusetzen. Reichsfinanzminister Dietrich stellt in einer kurzen Erklärung das Einverständnis der Regierung mit diesem Antrag fest. Bei der dritten Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amts nimmt

Abg. Dr. Breitscheid (Soz)

das Wort zu folgender Erklärung :

Ich halte es nicht für angebracht, in eine sachliche Beratung des mit Österreich abgeschlossenen Wirtschaftsabkommens einzutreten. Wir wollen auch nicht erörtern, ob der Schritt gegenüber den anderen Mächten diplomatisch in der richtigen Weise vorbereitet worden ist. Ich glaube, dass wir gegenüber dem Ausland feststellen können, dass weder der deutschen noch der österreichischen Regierung der Vorwurf zu machen ist, sie hätten sich vertragsmässig übernommenen Verpflichtungen entzogen oder ihnen zuwidergehandelt (Beifall). Wir hoffen, dass die internationale Auseinandersetzung, die jetzt geführt werden, zu einem Ergebnis kommen, das den internationalen Interessen Deutschlands auf politische und wirtschaftlichem Gebiet gerecht wird und dass sie gleichzeitig zu einer tatsächlichen Zusammenarbeit aller europäischen Staaten führt. Eine ernste Bemerkung haben wir zu machen über die Behandlung des Reichstags in dieser Angelegenheit. (Lebh. Zustimmung). Wir verstehen durchaus, dass derartige Verhandlungen nicht auf offenem Markt geführt werden können. Aber meiner Ansicht nach wäre eine frühere Unterrichtung der deutschen Volksvertretung doch wohl am Platze gewesen (lebh. Zustimmung). Die Fraktionsführer des Hauses sind von der Regierung erst unterrichtet worden in demselben Augenblick, als das Protokoll den anderen Regierungen und der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde. Der Hauptausschuss des österreichischen Nationalrats ist dagegen schon am Freitag voriger Woche darüber unterrichtet worden. Warum hat die Regierung nicht den Auswärtigen Ausschuss des Reichstags unterrichtet ? Er ist doch nicht dazu da, dass er immer vor vollendete Tatsachen gestellt wird! (Sehr wahr!) Meine Bitte an den Aussenminister, der nicht an seinem Platze ist, geht dahin, in Zukunft in ähnlichen Fällen etwas mehr Rücksicht auf die berechtigten Ansprüche der deutschen Volksvertretung zu nehmen (lebh. Zustimmung in allen Parteien).

Der Haushalt des Auswärtigen Amts wird bewilligt.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums führt Abg. Grube (Komm) Beschwerde über Förderung nationalistischer Bestrebungen in der bürgerlichen Sportbewegung und über Benachteiligung der revolutionären Arbeitersportbewegung.

Abg. Ulbricht (Komm) protestiert gegen die polizeilichen Massnahmen gegen die kommunistischen Kampforganisationen. Er verlangt die Aufhebung der Demonstrationsverbote.

Abg. Döbrich (Landvolk) weist Angriffe der kommunistischen Redner auf den "Stahlhelm" zurück.

Der Haushalt des Innenministeriums wird bewilligt. Dazu wird eine Entschliessung angenommen, in der die Länderregierungen ersucht werden, die Verpflichtung zur Einstellung von Versorgungsanwärtern durchzuführen.

Beim Haushalt des Reichsarbeitsministeriums weist

Abg. Schumann-Thüringen (Komm) auf die letzten Verhandlungen der Regierung mit den Regierungsparteien hin. Schon wieder werde versucht, sechshundert Millionen beim Sozial-Etat zu kürzen. Der Redner macht dann längere Ausführungen.

rungen über das Wohnungselend. Mit den aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommenen Mieträumen werde ein emporender Mietwucher getrieben.

Abg. Lipinski (Soz)

verwies auf die umfangreichen Arbeitendes Reichstages zur Linderung der Wohnungsnot, aber auch auf die Folgen der Wirtschaftskrise, die den Wohnungsbau furchtbar beeinträchtigen. Der Bau grosser Wohnungen hatte zur Folge, dass die Miete in der Krise nicht mehr im Einklang mit dem Einkommen der Mieter steht. Dazu treten Lohnsenkungen, Arbeitszeitverkürzung und damit weitere Einkommensverminderung, sodass viele Menschen auch kleinere Neubauwohnungen nicht mehr mieten können. Eine Senkung der Mieten könnte nur erreicht werden durch Beschränkung des Grosswohnungsbaues und wenn neben Hauszinssteuermitteln noch Anleihemittel da wären. Der Weg, den die Notverordnung dazu gehen will, ist falsch. (Zurufe der Kom.: Ihr habt ihr zugestimmt!) Die Mehrheit des Hauses erklärte, dass die Notverordnung nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden könne. Es blieb uns daher nur übrig, zu den einzelnen Gesetzen, die durch die Notverordnung geändert worden sind, gleichfalls Änderungen zu beantragen. In der zweiten Lesung des Etats ist unser Antrag angenommen worden, dass mehr Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt werden müssen. Besonders nachteilig ist die Kürzung der Hauszinssteuermittel, weil damit auch proportional der Anteil des Wohnungsbaukapitals gekürzt wird. Es besteht die Gefahr, dass der Wohnungsbau in diesem Jahre überhaupt zum Erliegen kommt. Die Rückflüsse aus der Hauszinssteuer werden nicht für den Wohnungsbau, sondern zur Verzinsung und Tilgung von Gemeindegeldverleihen verwendet, die nur teilweise dem Wohnungsbau dienen. In diesem Jahre werden die Rückflüsse etwa 65 Millionen betragen, aber darüber ist schon verfügt.

Im vergangenen Jahr sind etwa 345 Millionen Sparkasseneinnahmen zur Umschuldung kurzfristiger in langfristige Gemeindegeldverleihen verwendet worden. Trotzdem sind mehr Sparkassenmittel als man angenommen hatte, für Hypotheken verwendet worden. Nun aber sind die Auszahlungen der Sparkassen grösser geworden, als die Einzahlungen und aus Sparkassenmitteln werden voraussichtlich Wohnungsbauhypotheken nicht mehr gegeben werden können. Auch der Absatz von Pfandbriefen für Wohnungsbauhypotheken ist stark zurückgegangen. So ist die Finanzierung des Wohnungsbaues im laufenden Jahre ausserordentlich in Frage gestellt - die Zahl der Wohnungsuchenden wird sich vergrössern, und trotzdem werden die Bauarbeiter ohne Beschäftigung bleiben. Solange nicht ein Weg gefunden wird, die Finanznot der Gemeinden zu mildern, solange ihnen nicht Steuerquellen erschlossen werden, die die Hauszinssteuermittel wieder freimachen, können wir den Wohnungsbau nicht finanzieren.

Die Kommunisten beantragen, 400 Millionen für den Wohnungsbau zu verwenden, aber sie sagen nicht, woher man sie nehmen soll. (Hört! Hört!) - Leute, die vor 2 Jahren noch 70.-- Mark in der Woche verdient haben, jetzt aber 35.-- bis 40.-- Mark, können eine Monatsmiete von 70.-- Mark nicht mehr tragen. Die Neubaumieten müsste man durch Zinslosigkeit der Hauszinssteuermittel senken. Viele Kleinsiedler stehen vor der Gefahr des Konkurses; diese Gefahr muss beseitigt werden. Dazu ist eine Revision des Wohn- und Mietrechtes oder wenigstens ein Notrecht erforderlich.

Der kommunistische Vorredner hat über die hohe Zahl der Räumungsklagen gesprochen. In Wurzen hat ein kommunistischer Siedlungsleiter nicht weniger als 22 Räumungsklagen eingereicht, und erst nach dem 8. Termin sie zurückgezogen. Wenn man ein solches Doppelspiel treibt, hat man kein Recht, sich als Retter der Mieter aufzuspielen. (Sehr wahr!) Wir sind hier immer für die Mieter eingetreten. Wir hatten hier immer gegen eine Mehrheit zu kämpfen, die die freie Wohnungswirtschaft anstrebt. Soweit es die Machtmittel gestatteten, haben wir alles getan, was möglich war. (Lebh. Beifall der Soz.)

Der Haushalt des Arbeitsministeriums wird bewilligt.

Ohne Aussprache wurden bewilligt der Haushalt des Reichstags, des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei, des Ernährungsministeriums, des Reichsjustizministeriums und des Reichswehrministeriums bis auf einzelne Abstimmungen, die zurückgestellt worden sind.

Beim Haushalt des Reichsverkehrsministeriums führt Abg. Chwalek (Komm) Beschwerde über die Lohnpolitik der Reichsbahn.

Der Haushalt des Verkehrsministeriums wird bewilligt, ebenso der Versorgungs-Etat und der Haushalt der Reichsschuld. Mit anderen Abstimmungen wird auf Mittwoch auch die Abstimmung über einen Misstrauensantrag zurückgestellt, der von den Kommunisten eingebracht worden ist.

Auf Mittwoch zurückgestellt ist weiter die dritte Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung und der Kriegslasten, sowie das Haushaltsgesetz. Dazu ist von den Sozialdemokraten inzwischen eine Entschliessung eingegangen, die verlangt, dass die Bezüge der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums und der leitenden Reichsbahnbeamten den Gehältern der entsprechenden Reichsbeamten angeglichen werden. Zu den auf Mittwoch zurückgestellten Abstimmungen gehören auch die über die Panzerschiff-Bauraten.

Ohne Aussprache wird dann das Gesetz über den Waffenmissbrauch in zweiter Beratung angenommen. Die dritte Beratung wird wegen Behinderung eines Redners auf morgen zurückgestellt.

Der Schiffssicherheitsvertrag von 1929 wird in zweiter und dritter Beratung ohne Debatte genehmigt.

Zur Frage des Schenker-Vertrages beantragt der Verkehrsausschuss eine Entschliessung, in der die Regierung aufgefordert wird, wegen dieses Vertrages sofort das Reichsbahngericht anzurufen.

Abg. Chwalek (Komm) weist auf die Mitteilung der Reichsbahngesellschaft hin, dass der Reichsverkehrsminister im Gegensatz zu seinen Erklärungen im Reichstag über die Vorbereitung und den Abschluss des Schenkervertrages unterrichtet gewesen sei. Der Minister habe den Reichstag offen belogen.

Reichstagspräsident Löbe: Ich bitte Sie, selbst wenn Sie eine solche Beschuldigung erheben, die parlamentarische Form zu wahren. (Zurufe des Abg. Geschke (Komm). Sie wissen, dass man die Wahrheit in parlamentarischen Formen sagen kann, sonst hätten Sie sich nicht wählen lassen.

Abg. Dr. Wunschuh (Staatspt.) bedauert die Haltung des Verkehrsministers, die im Falle des Schenkervertrages problematisch sei. Man habe offenbar den Kopf in den Sand stecken wollen. Der Minister sollte Initiative beweisen zugunsten der Rationalisierung des Speditionsgewerbes, aber in Zusammenarbeit mit diesem Gewerbe, mit der Wirtschaft und dem Kraftfahrzeuggewerbe.

Abg. Schumann-Frankfurt (Soz) bedauert, dass der Minister nicht anwesend sei, um sich zu den Behauptungen der Reichsbahnverwaltung zu äussern. Die Zustände im Spediteurgewerbe seien allerdings sehr reformbedürftig, aber die Reichsbahnverwaltung hätte die Ordnung auf anderen Wegen weit besser herstellen können, als durch den Abschluss des Schenkervertrages. Die Wirkung dieses Vertrages werde von den interessierten Kreisen stark übertrieben.

Abg. Mollath (Wirtschaftspt.) fragt, warum die Reichsregierung noch nicht das vom Reichstag geforderte Rechtsgutachten vorgelegt hat. Er zitiert dann aus der Rede des Verkehrsministers v. Guérard am 19. Februar die Bemerkung, dass der Minister vom Abschluss des Schenkervertrages völlig überrascht worden sei, und dass die Reichsbahnverwaltung seine konkreten Fragen bisher nicht beantwortet habe. Es sei ein unerhörtes Vorkommnis in der Parlamentsgeschichte, dass unwidersprochen eine Mitteilung der Reichsbahnverwaltung durch die Presse gehen konnte, die den Erklärungen des Ministers vollkommen widerspricht. Es müsse schleunigst festgestellt werden, wer es verschuldet hat, dass der Minister nicht oder falsch unterrichtet worden ist. Der Redner beantragt die sofortige Einleitung von Verhandlungen mit der Reichsbahn zur Aufhebung des

Schenkervertrages und Umwandlung in einen Vertrag mit den Organisationen des Speditionsgewerbes.

Reichsverkehrsminister v. Guérard:

Es sind Zweifel geäußert worden an meiner Erklärung vom 19. Februar. Ich stelle nochmals fest, dass ich vor der Mitteilung durch den Abg. Mollath von dem Schenkervertrag keine Kenntnis hatte (hört! hört!). Bei der Bedeutung dieses Vertrages habe ich selbstverständlich mit der Reichsbahnverwaltung darüber verhandelt und heute beschäftigt sich der Verwaltungsrat der Reichsbahn mit dem Vertrag. Sobald diese vertraulichen Verhandlungen erledigt sind, wird die Reichsregierung dazu Stellung nehmen und ihre Stellungnahme der Öffentlichkeit mitteilen. Wenn ich an den Verhandlungen des Verkehrsausschusses nicht teilnahm, so war das nur auf ein bedauerliches Missverständnis zurückzuführen. Ich stehe nach wie vor auf dem schon am 19. Februar von mir vertretenen Standpunkt, dass der Vertrag der Zustimmung der Reichsregierung bedarf, um gelten zu können. Das ist auch die Meinung des ganzen Reichskabinetts. Dem Antrag Mollath kann ich zustimmen.

Abg. Hauch-München (Bayr. Vp.) stimmt dem Antrag Mollath zu. - Präsident Löbe stellt die Abstimmungen zurück.

Es folgt die zweite Beratung des Osthilfegesetzes und der damit verbundenen Vorlagen zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und zur Abwicklung der Aufbringungsumlage und zur Neugestaltung der Bank für deutsche Industrieobligationen.

Minister Treviranus

führt aus: Die Osthilfe habe die doppelte Aufgabe, den in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit bedrohten Gebieten neue Lebenskraft zur Wiederaufnahme ihrer gestörten Wirtschaftsbeziehungen zuzuführen, und ferner, die Landwirtschaft nach Möglichkeit vor den Gefahren zu bewahren, die veränderte Absatzbedingungen und Rückgang aller landwirtschaftlichen Preise bei steigenden Lasten ohne umfassende Hilfe bringen würden. Die Entscheidung, welches Mass von Hilfe möglich sei, müsse der Behörde als öffentlichem Treuhänder überlassen bleiben. Eine Hilfe in Gestalt von baren Zuwendungen aus der Reichskasse für besonders gefährdete Grenzgebiete solle neben dem Schuldenausgleich allen Eingewohnten zugute kommen. Es sei beabsichtigt, den jetzigen Geltungsbereich der Hilfsmassnahmen möglichst umfangreich auszudehnen, sobald die Erleichterung der Finanzlage des Reiches die Möglichkeit hierzu eröffne, eine Gewähr, dass von dieser Möglichkeit schon im nächsten Jahr auf weite Gebiete Gebrauch gemacht werde, könne er jedoch nicht übernehmen. Zur landwirtschaftlichen Entschuldung erklärt der Minister, die Regierung habe die zahlreichen Pläne zur wirksamen Hilfe durch allgemeine Lastensenkung eingehend geprüft, sie aber verwerfen müssen, da die sehr grossen Mittel von etwa 321 Millionen Mark bei 3 v. H. Gutschrift des Einheitswertes aus der Reichskasse hierfür nicht zu beschaffen seien. Die Regierung habe deshalb an der Kredithilfe durch Darlehen mit planmässiger Entschuldung festgehalten. Trotz schwerer berechtigter Bedenken habe sich die Reichsregierung entschlossen, auf die Einnahmen aus der Industrieaufbringungsumlage für die nächsten Jahre im Reichshaushalt zu verzichten. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, der Industriebank ein Zweckvermögen von 500 Millionen Mark zur Ablösung der landwirtschaftlichen Personalschulden in den östlichen Gebieten zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten 200 Millionen Mark durch Schuldverschreibungen der Industriebank im Laufe der Jahre angeschafft werden. Das Inkrafttreten dieser Entschuldung setze die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts und das Gelingen der Vorfinanzierung der Kapitalbeträge der Bank voraus. Die bare Hilfe des Reiches beruhe auf Jahresleistungen von je 36 Millionen Mark für die Haushaltsjahre 1931 bis 1938. Weiter sollten in den Jahren 1932 bis 36 aus dem Reichshaushalt je 50 Millionen für den Landabverkauf verschuldeter Betriebe, zur Siedlung und

zur forstwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der Minister betont die Einschaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung bei der Prüfung der Entschuldungsanträge und erläutert die ausgegebenen Taxrichtlinien. Im Durchschnitt komme man auf eine Bewertung, die sich in Höhe der berechtigten Wehrbeitragswerte halte. Die Reichsregierung wolle sich bemühen, gerade auch besonders dem Kleinbesitz die erforderliche Hilfe angedeihen zu lassen. Die Reichsregierung müsse diese Opfer fordern, weil Siechtum des Ostens das Sterben des Ganzen im Gefolge habe.

Abg. Warnke (Ztr) weist auf die nationalpolitische Gefahr einer weiteren Abwanderung der Bevölkerung aus dem volkarmen Osten hin. Die Osthilfe sei eine staatspolitische Notwendigkeit ersten Ranges. Trotz der katastrophalen Lage der Landwirtschaft sei auch heute noch eine grosszügige Siedlung erwünscht, vor allem durch die Bauernsöhne und Landarbeiter. Die Wohn- und Stallgebäude müssten durch die Siedler selbst errichtet werden. Dann könnten sie zweckmässiger und billiger hergestellt werden.

Abg. Hoernle (Komm) erklärt, die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Notlage im Osten sei die schlechte Bezahlung der Arbeiterschaft in diesem Gebiet und die verfehlte Politik der Regierung. Das vorliegende Osthilfegesetz helfe nur den Grossgrundbesitzern, nicht aber den Kleinbauern und Siedlern.

Abg. Stelling (Soz):

Wir haben bereits im vorigen Reichstag erklärt, dass wir uns die Osthilfe anders vorstellen. Auch wir halten es für dringend notwendig, durch Bereitstellung ausreichender Mittel das Wirtschaftsleben im Osten zu fördern, aber nicht eine einzelne Wirtschaftsschicht, sondern die ganze Wirtschaft. Wir meinen nicht, dass die Notlage im Osten grösser als anderswo, und dass sie auf die Grenzziehung zurückzuführen sei. Gewiss leiden viele Menschen im Osten bittere Not, aber nicht nur Landwirte, sondern auch Gewerbetreibende, Handwerker und Arbeiter. Der Wirtschaft im Osten sind die Absatzgebiete genommen. Die polnische Industrie versucht, sich selbständig zu machen. Dadurch und durch den immer noch andauernden Zollkrieg wird der deutsche Osten schwer geschädigt. Die Landwirtschaft allerdings versteht es besonders gut, durch kräftiges Schreien die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, und auch durch Bombenwerfen, Boykott usw. Regierungshilfe zu erwerben. Niederträchtig ist aber die Behauptung, dass für den Osten nichts geschehen sei. Preussen hat an Hilfe geleistet, was nur möglich war. Rechtsblätter haben als Beweis sozialdemokratischer Feindlichkeit gegen den Osten einen Antrag angeführt, wonach ganz Pommern in die Osthilfe einbezogen werden solle; diesen Antrag hat aber Herr Moldenhauer gestellt! (Hört! Hört!) Dann wird behauptet, Braun und Severing wollten Pommern dafür bestrafen, dass der Provinziallandtag den kommissarischen Regierungspräsidenten Dr. Simons nicht bestätigt hat. Eine solche Kampfweise braucht bloss niedriger gehängt zu werden. (Sehr wahr! links) Kenner der Verhältnisse haben der Landwirtschaft oft genug geraten, nicht immer Staatshilfe zu verlangen, sondern sich durch moderne Betriebsumstellung selbst zu helfen. Industrie und Gewerbe sind auch nicht besser daran, aber woher sollte der Staat die Mittel nehmen, um auch ihnen zu helfen? Jedenfalls wird man nach den Vorkommnissen bei der Ostpreussenhilfe jeden Einzelfall scharf prüfen müssen. Wir begrüssen die Vorschrift, dass Siedlungsland abgetreten werden muss. Dabei muss verhindert werden, dass wiederum Siedlungsland zu teuer gekauft wird, sodass dann die Verzinsung nicht aufgebracht werden kann. Eine solche Siedlungsweise, bei der die ganze Familie bis in die späte Nacht angestrengt arbeiten muss, ist zu vermeiden, denn auf diese Art schafft man nicht siedlungsfreudige und zufriedene Menschen. Mit der Konfession hat das gar nichts zu tun, es kommt auf die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen an.

Es muss vor allem darauf Rücksicht genommen werden, dass nicht noch mehr Landarbeiter ihr Brot verlieren. Der Redner verliert eine Anzahl Lohnzettel.

schlesischer Landarbeiter, die für stundenlange Arbeit keinen Lohn, sondern nur Verpflegung erhalten. Solche Zustände müssen für die Sicherheit der Republik gefährlich werden.

Da die Mittel für die Osthilfe durch die Industrieumlage aufgebracht werden sollen, wird von einem Opfer der Industrie gesprochen. Aber es handelt sich in Wahrheit um die Steuer, die der Dawes-Plan eingeführt hat. Die Gläubigermächte haben im Youngplan diese Steuer nicht aufrecht erhalten, sie ist aber bestehen geblieben und wird nun zu einem Teil für innere Zwecke des Reiches verwendet.

Die Entschuldungsanträge grösserer Grundbesitzer müssen zum Anlass genommen werden, diesen Herren vorzuhalten, dass sie die Landarbeiterlöhne nicht noch weiter drücken dürfen. Oberschlesische Grossgrundbesitzer haben im vorigen Jahr einen Lohnabbau um 30 % betrieben, obgleich die Löhne selbst zum notwendigsten Lebensunterhalt nicht ausreichten. Will man den Osten schützen, so muss man die Menschen, die zu einem Teil mit ihrem Leib die deutsche Grenze geschützt haben, vor dem schlimmsten Elend bewahren. Wir bitten daher, unsere Entschliessung anzunehmen, dass die Reichsregierung einem Lohnabbau in der Landwirtschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken soll.

Bei all' unseren Bedenken wollen wir das Gesetz doch nicht ablehnen. Mit Ausnahme einiger Bestimmungen werden wir daher der Vorlage zustimmen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Hönnekes (Z) schildert die besondere Notlage im isolierten Ostpreussen und findet es ganz unerfindlich, wie der offizielle Vertreter Ostpreussens (v. Gayl) im Reichsrat sich beim Osthilfegesetz der Stimme enthalten konnte. (Lebh. Zustimmung i. Z.)

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp) wünscht Zusammenwirken aller Länder an der Osthilfe. Es sollen nicht nur Berliner an der Ausführung mitwirken. Schliesslich fordert der Redner von der Regierung unter Hinweis auf gedrucktes und Lichtbildmaterial aus dem Bayerischen Wald Reichshilfe für dieses Notgebiet.

Reichsminister Treviranus

polemisiert gegen den Hugenbergplan zur Osthilfe. Auf einen Zuruf des Kommunisten Jaddasch: "Was ist mit der $\frac{1}{2}$ Million für Graf Praschna?" antwortet der Minister, dass nicht Einzelnen, sondern dem gesamten Osten geholfen werde. Kein Sachverständiger hat sich für den Hugenbergplan ausgesprochen, ausser der Parteikritik hat sich niemand darum gekümmert und es scheint, dass der Auszug aus diesem Hause veranstaltet wurde, um nicht sagen zu müssen, woher man die 400 Millionen dieses Plans decken will.

Abg. Freybe (WiP) schildert die Notlage Stettins.

Abg. Schütz (Kom): Die Sterblichkeit in Ostpreussen beträgt 11,8 gegen 9 % im übrigen Preussen. Das ist die Folge ostpreussischer Landarbeiterbehandlung und dortigen Kleinbauernelends. Die Häuser sind oft Viehställen ähnlicher als Menschenwohnungen. Einer arbeitslosen Frau, die zur Rübenenernte geschickt wurde, sagte man auf ihre Frage, ihren Säugling könne sie mitbringen. Als sie es tat, sperrte man die Unterstützung auf 6 Wochen. (Entrüstungsrufe der Kom., z.B. "Deutsche Kultur") Die kleinen Fischer, die ständig ihr Leben einsetzen, haben bisher keine Hilfe erhalten und werden auch aus der neuen Osthilfe nichts bekommen.

-Abg. Hillebrand-Schlesien (DBP) verurteilt die rechtsradikale Demagogie und ersucht um stärkere Berücksichtigung der Provinz Niederschlesien.

Nach 19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 12 Uhr; ausserdem Schluss der Haushaltsberatung mit Abstimmungen, Zollerermächtigungsgesetz.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 24. März 1931.

Die zweite Beratung des Haushalts des Innenministeriums wird fortgesetzt. Abg. Müller-Isernhagen (Landvolk) gibt der Ueberzeugung Ausdruck, dass das Stahlhelmvolksbegehren auf Auflösung des Landtages beim Landvolk lebhafteste Unterstützung finden werde. Wie die Stellungnahme der preussischen Regierung zur Gefrierfleischeinfuhr im Reichsrat bewiesen habe, würden die Interessen des Landvolkes in Preussen zurzeit nicht in dem erforderlichen Umfange gewahrt. Notwendig sei eine bessere Ueberwachung des Lastkraftwagenverkehrs auf den Landstrassen, Erfahrungen in Hannover hätten gezeigt, dass fast alle Lastwagen überladen seien. Das Landvolk verlange von der Regierung endlich durchgreifende Massnahmen gegen die überhandnehmende Propaganda der Gottlosen-Verbände.

Abg. Falk (Staatsp.) nennt es bezeichnend, dass der Vorredner sich gegen den Vorwurf, er sei nicht national, glaubte schützen zu müssen. Das zeige deutlich die Wirkung der Volksverhetzung, die dem politischen Gegner Mangel an Nationalgefühl vorwerfe. National sei der, der mit aller Kraft am Aufbau des Volkes mitwirke, nicht national sei der, der hinter Beschimpfung des Gegners das Bestreben verdecke, seine eigenen Parteiinteressen zu fördern. Der Abg. Rohr (Dnat.) habe offenbar nicht als Vertreter seiner Partei, sondern vielmehr als Vertreter seines Standes gesprochen. Die Regierung müsse die Konsequenzen ziehen. Für seine politischen Freunde sei es nicht ohne Reiz gewesen, den Verkehrston kennen zu lernen, der noch heute auf gewissen hinterpommerschen Rittergütern herrsche.

Abg. Lindner (Christl. Soz. Volksd.) ist der Ansicht, dass die Frage, wer an den jetzigen Schwierigkeiten schuld sei, zu keinem Ergebnis führe. Die Auffassung des Abg. von Rohr (Dnat.), wonach die Gewerkschafter die Schuldigen seien, müsse energisch zurückgewiesen werden. Bei Erörterung des Schlichtungswesens wendet sich der Redner gegen das Eingreifen des Oberbürgermeisters Jarres. Man müsse fragen, ob sich Herr Jarres vielleicht eine Kürzung seines Einkommens um 30 Prozent gefallen lassen würde. Ein Beweis für die enge Verbindung von Nationalismus und Materialismus sei daran zu erkennen, dass die dem Abg. von Rohr nahestehenden Industriellen durch ihre Verträge mit der schwedischen Eisenindustrie Tausende von Bergarbeitern brotlos machten.

Innenminister Severing:

Ich bin für jede sachliche Kritik im anständigen Ton dankbar, also auch für die Kritik der Herren Müller (Isernhagen) und Lindner. Aber ich muss ihnen bestreiten, dass wir die nationale Opposition zu scharf anzufassen und die Kommunisten zu tolerant behandeln. (Zurufe bei den Kommunisten: Das kann kein Mensch behaupten!) Sehen Sie, diese Bestätigung habe ich bloss herausfordern wollen. (Heiterkeit) Der Schutzpolizeioffizier, der verboten hat, bei der Totengedenkfeier auf dem Friedhof in Pankow Choräle zu spielen, ist bereits gerügt; es handelt sich bei seinem Vorgehen um ein ganz törichtes Missverstehen einer Anordnung des Kommandos der Schutzpolizei. Der Schutzpolizeibeamte in Halle, der wegen Spielens des Liedes "Hakenkreuz am Stahlhelm" entlassen worden ist, bleibt entlassen, weil es sich um eine beabsichtigte Demonstration gehandelt hat. Deshalb hat sich auch der Beamtenausschuss mit der Entlassung einverstanden erklärt. Ein anderer Schutzpolizeibeamter, der nur im angebräunten Zustand mitgesungen hat, wird wieder eingestellt. In Solingen hat sich Oberregierungsrat Brisch während der kommissarischen Verwaltung des Oberbürgermeisteramts soviel verdiente Anerkennung erworben, dass seine endgültige Ernennung eine Selbstverständlichkeit war. (Lärm bei den Komm.) Solange die

Kommunisten an dieser Stelle fortdauernd erklären, dass sie den gegenwärtigen Staat zerstören wollen, können sie keinen Anspruch auf leitende Stellen in der Kommunalverwaltung erheben. (Zuruf bei den Komm: Sie reden wie Puttkammer!) Ich wusste gar nicht, dass der auch so vernünftige Sachen gesagt hat. (Grosse Heiterkeit) Wenn sich aber Kommunisten mit solchem Eifer und solcher Aufmerksamkeit der kommunalen Angelegenheiten annehmen wie gestern Herr Schwenk, können sie mit der Zeit noch ganz passable Gemeindebeamte werden. (Erneute Heiterkeit) Herrn Müller (Isernhagen) muss ich bestreiten, dass ich auf dem Landgemeindetag mehr versprochen habe, als ich nachher halten konnte. Umgekehrt, ich erfülle stets mehr, als ich verspreche. (Heiterkeit und Beifall) Es ist diesen Winter wider Erwarten gut gegangen: es ist uns gelungen, sämtliche Gemeinden vor dem Zusammenbruch und der Einstellung der Unterstützungszahlungen zu bewahren. (Sehr gut) Der Mordhetze wird die Regierung mit grösser Entschiedenheit entgegentreten. Herr von Eynern hat das gestern gebilligt aber gemeint, ich verteidige nicht nur den heutigen Staat, sondern auch gleichzeitig die Sozialdemokratie. Ich kann doch aber nicht dafür, dass der heutige Staat immer als sozialdemokratisch und marxistisch hingestellt wird. Wenn Herr Curtius sich stark für die Völkerverständigung einsetzt oder Herr Wirth scharf gegen die Rechtsradikalen spricht, werden sie doch einfach für Marxisten erklärt. Was man nicht definieren kann, das sieht man als marxistisch an. (Heiterkeit) Der aktive preussische Landrat von Bismarck hat erst dieser Tage von der sozialdemokratischen Regierung in Preussen gesprochen. (Hört, hört! und Bewegung) Natürlich kann er nicht politischer Vertreter der Regierung bleiben, (Zuruf rechts: Reichstagsabgeordneter!). Auch als Reichstagsabgeordneter kann er in Preussen unter diesen Umständen nicht politischer Beamter sein. (Zurufe: Er ist ja garnicht im Reichstag er streikt ja mit! - Heiterkeit) Wir haben in Preussen seit zwölf Jahren keine sozialdemokratische Regierung. (Zurufe rechts: Na ja, höchstens mit Beimahlungszwang. Grosse Heiterkeit) Wir sind in Preussen auch nicht zuständig für Währungs- und Wirtschaftsfragen. Wir haben weder Inflation noch Arbeitslosigkeit zu verantworten. Es war eine Unverfrorenheit des Herrn von Rohr, diese Dinge der preussischen Regierung zur Last zu legen, Wenn wir durch Verwaltungsmassnahmen der Wirtschaft Gesetze vorschreiben könnten, verlassen Sie sich darauf, wir hätten von dieser Möglichkeit längst den weitgehendsten Gebrauch gemacht. (Heiterkeit und Zustimmung) Herr von Rohr hat im Hinblick auf meine Sonntagsrede in Oberschlesien erklärt, mit solchen Reden kämen wir nicht weiter. Aber gleichzeitig haben doch in Oberschlesien Hugenberg, Schmidt-Hannover, Kleiner usw. geredet. Kommen wir damit weiter? Wollen Sie Polen den Krieg erklären? Wenn Sie das nicht können und nicht wollen, sparen Sie sich ihre hämischen Bemerkungen. (Lebhafte Zustimmung) Ich habe im Jahre 1919 mit Hörsing und dem General Höfer die deutsche Phalanx zur Verteidigung Oberschlesiens aufgebaut. Hätten sich damals nicht Arbeiter, Beamte, Angestellte und kleine Leute zu den Waffen gedrängt, so wäre im Jahre 1921 ein deutsches Oberschlesien, das verteidigt werden konnte, nicht mehr vorhanden gewesen. Als retarierendes Element haben sich damals lediglich die Rechtsparteien betätigt (Hört, hört! und Sehr gut) Die Bezeichnung Polenfreund lasse ich mir in dem Sinne gern gefallen, dass wir mit dem demokratischen Polen gut Freund werden wollen. (Zurufe rechts) Ja, die Macht der Demokratie in Polen ist augenblicklich gering; aber man soll nie die Hoffnung aufgeben, nicht einmal bei den preussischen Deutschnationalen (Heiterkeit)

Herr von Rohr hat mit nachgesagt, ich hätte in einer Rede in Kiel während der Youngverhandlungen erklärt, wir könnten froh sein, wenn wir in Zukunft nur noch zwei Milliarden zu zahlen brauchten. Natürlich habe ich derartigen Unsinn nie geredet. Herr von Rohr hat sich gerühmt, dass die Deutschnationalen das Absinken der Konjunktur schon 1929 erkannt hätten. In meinem Schieds-

spruch für die Eisenindustrie Rheinland-Westfalens vom Neujahr 1929 finden. Sie die kommende Wirtschaftskrise bereits genau vorher beschrieben. Herr von Rohr hat gemeint, ich sei mehr Polizei- als Verwaltungsminister. Das nehme ich als Schmeichelei an. Aber ich bin Polizeiminister nicht nur im Sinne eines Gummiknüppel-Ministers, ich bin ein Minister der vorbeugenden Massnahmen. (Lebhafte Zustimmung) Für theoretisch-akademische Erörterungen über neue Verwaltungsgesetze habe ich allerdings keine Zeit. Aber ich Sorge dafür, dass keine Gemeinde zusammenbricht, und wenn ich Ihnen heute noch nicht sagen kann, wie wir das erreichen sollen, so schlussfolgern Sie daraus ja nicht, dass wir uns passiv verhalten. Vielleicht werden wir schon im Laufe dieses Jahres gezwungen sein, Schritte zur Ermässigung der Youngzahlungen zu tun. In diesem Falle wird die Regierung umso leichteren Stand haben, je ehrlicher sie den guten Willen zur Erfüllung gezeigt hat. (Lebhafte Zustimmung) Wir haben unsere ganze Kraft daran gesetzt, die Katastrophe zu vermeiden. Aber was will Herr von Rohr? In einer Provinzial-Vorstandssitzung des Landbunds in Stettin ist in seiner Gegenwart aufgefordert worden, alle Gemeinde- und Kreisetats abzulehnen, damit alles zusammenbreche; wenn die Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten nicht wollten, sollten die famosen Kerle aus der Sturmabteilung sie einfach verprügeln. (Heiterkeit) Mit dem Vorgehen des Oberbürgermeisters Jarres bin ich in keiner Weise einverstanden. Ich habe ihn nur beamtenrechtlich und menschlich in Schutz genommen, und gebeten, die Spielerei mit Missbrauchsvoten gegen Bürgermeister aufzugeben. Die Grundsätze meiner Beamtenpolitik lege ich nicht nochmals dar. Sie sind Ihnen bekannt, und ich bleibe dabei. Ich darf auch hinzufügen, dass mehr Innenminister der Länder als ich den Eindruck haben, dass nicht alle Reichsverwaltungen genügende Sorgfalt darauf gelegt haben, dass nicht ihre Beamten den Staat unterhöhlen. (Lebhafte Zustimmung und Bewegung) Herr von Rohr hat wiederum Staatsamt und Futterkrippe in einem Atem genannt. Ich verbitte mir ein für allemal diese hanebüchene Beleidigung. Aber wenn Sie schon das Staatsamt auch im alten Preussen als Futterkrippe angesehen haben, dann können Sie doch nichts dagegen einwenden, dass an der Futterkrippe einmal ein Schichtwechsel eingetreten ist. (Grosse Heiterkeit) Die Deutsche Volkspartei wünscht von mir eine Erklärung über die Freiheit der Beamten beim Volksbegehren. Jeder preussische Beamte ist auch bei diesem Volksbegehren innerhalb der Pflichten seines Amtes völlig frei. Die gewünschte Erklärung ist damit abgegeben. Aber wenn der Landrat von Regenwalde, Herr von Bismarck, in der Agitation für das Volksbegehren über das Thema spricht: "Nie-der mit der roten Regierung in Preussen!" kann er natürlich nicht politischer Beamter bleiben. Und ich werde unnachsichtlich gegen jeden Beamten einschreiten, der sich an dieser Art der Agitation beteiligt. Der etwa die schönen Verse des Stahlhelms propagiert: "Stürzt den roten Bonzenthron, helft mit goldener Munition." (Heiterkeit) oder "Die Bonzen kleben, das Volk verdirbt, Helft Preussen erheben, eh' Deutschland stirbt." (Erneute Heiterkeit) Wir haben das Volksbegehren nicht zu fürchten. Wir haben in wirtschaftlicher Not und politischer Zerrissenheit alle Kräfte zusammengefasst, um Staat und Volk durchzubringen. Auch wenn die Demagogie vorübergehende Erfolge erränge, auf die Dauer haben nur diejenigen ein Recht auf Zukunft und Herrschaft, die in der schwersten Zeit des Landes ihren Mann gestanden und Verantwortung getragen haben. Ich habe mich nie nach einem Amt gedrängt und klebe an keinem Amt. Aber in^{er} aussenpolitischer Bedrängnis und inneren Wirren stehe ich auf dem Posten, auf den mich das Vertrauen des Volkes berufen hat. Aendert sich der Volkswillen, dann treten wir ab und führen, frei von der Last der Aemter, die Agitation; und wir werden das mit saubrerer Waffe als Sie tun. Wir wollen sehen, wie lange Sie das dann aushalten. Wie immer die Zukunft sich gestaltet, wir gehen ihr mit dem besten Gewissen entgegen. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte) Abg. Steuer (Dtn.) verteidigt die Rede des Herrn von Rohr und propagiert

das Volksbegehren.

Abg. Letterhaus (Ztr.): Das Jahr 1931 wird ein Jahr des Kampfes um Preussen sein. Nachdem sich die Rechtsradikalen im Reiche festgefahren haben, haben sie den Hebel wieder bei Preussen angesetzt. Herr Steuer hat im Hinblick auf das Volksbegehren unaufhörlich von den Rechten der Verfassung geredet. Aber selbst diese schützen niemanden davor, sich gründlich zu blamieren. (Grosse Heiterkeit) Die Deutschnationalen hatten einmal in diesem Haus über hunderte Mandate. Sie werden froh sein, wenn sie aus der nächsten Wahl fünfzig retten. Freilich hat Herr Hugenberg ihre Niederlage vom 14. September mit einem Druckfehler erklärt: er habe nicht die Parole ausgegeben, macht den rechten Flügel stark, sondern: macht mir den rechten Flügel stark. Herr Hugenberg muss das Ich in Zukunft also noch etwas grösser schreiben. Das ganze Volksbegehren hat nur einen Sinn: Sie wollen die innere Unruhe, weil sie die Festigung des Staates und der Wirtschaft verhindern wollen. (Stürmische Zurufe rechts: Dieses Staates, dieses Systems!) Sie vergessen nie zu betonen, dass dieser Staat auf Hochverrat beruhe. Aber Sie konnten einmal auch anders. Am 12. Februar 1919 schrieb die "Deutsche Tageszeitung", nach freier Willensbestimmung der weitesten Volksschichten baut sich das deutsche Volk einen neuen Staat auf. (Abg. Steuer: Was interessiert, was irgend ein Journalist geschrieben hat!) Nun gut, ein anderes Zitat: "Mit klarer Entschlossenheit stellt sich die Deutschnationale Volkspartei auf den Boden der gegebenen Notwendigkeiten." Das hat nicht ein Journalist geschrieben, das ist der Wahlauf Ruf der Deutschnationalen Volkspartei zur Nationalversammlung. (Lebhaftes Hört, hört!) Und weiter: "In jeder von der Nationalversammlung geschaffenen Staatsform wird die Deutschnationale Volkspartei freudig zum Wohle des Vaterlandes mitwirken." Ihre Mitwirkung haben wir kennen gelernt. (Sehr gut! im Zentrum und links) Sie beschimpfen uns wegen des Young-Plans. "Frankreich hat das Recht, ein Pfand dafür zu verlangen, dass seine Interessen gewahrt werden." Wer sagt das? Der deutschnationale Parteivorsitzende Hergt auf dem Parteitag in Görlitz. Sie sind die typischen Etappenpolitiker und schmähen uns, die wir an der Front des Kampfes für Volk und Vaterland stehen. (Grosser Lärm rechts) Von christlich-konservativem Geist haben Sie längst die letzte Spur verloren. Ein Friedrich Ebert und die Männer, die Ihre Anhänger gemeuchelt haben, werden vor der Geschichte bestehen. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum) Sie aber sind die Todfeinde jeglicher Art von Autorität; denn Sie haben die Lastautos mit ausgerüstet, auf denen die jungen Leute herantransportiert wurden, um den Kanzler Brüning auf seiner Ostreise zu schmähen und zu verfolgen. Welch himmelweiter Unterschied zwischen Ihnen und der Haltung der englischen Konservativen gegenüber dem Kabinett MacDonald! Schlimm genug, dass man es sagen muss: lernen Sie vom Ausland Takt und Anstand! (Lebhafter Beifall links, grosser Lärm rechts) Herr Hugenberg ist der Wegbereiter des Nationalsozialismus. Ich verzichte darauf, Ihnen nachzuweisen, was für Verbrecher und Untermenschen die Nationalsozialisten in den Reichstag geschickt haben. Anständigen Menschen ist dieser Haufe ein Ekel. Aber was kann man auch erwarten, wenn Adolf Hitler selbst verordnet, seine Partei sei keine moralische Anstalt, sondern ein Verband rauher Kämpfer. Das wagt dieselbe Partei dem deutschen Volk zu bieten, die unermüdlich im Privatleben jedes, aber auch jedes politischen Gegners herumschnüffelt. Bei den Nationalsozialisten ist jeder dumme Junge, wenn er nur ein Pg. ist, ein Genie und ein Staatsmann. So ungefähr entsteht das Dritte Reich aufgebaut auf Wissen und Können. (Grosse Heiterkeit) Was wissen diese Nichtsköner von dem Fleiss und der Energie, mit der die sogenannten Gewerkschaftsbonzen sich nach schwerer Erwerbsarbeit ihre Bildung erarbeitet haben. (Sehr gut! links) Einen solchen Haufen Unsinn wie das Nationalsozialistische Programm hat man der Welt noch nie zu bieten gewagt. In der Feder'schen Programmschrift wird auf Seite 36 die Gewinnbeteiligung der Arbeiter gefordert.

Auf Seite 48 aber nur für die Grossbetriebe. Auf Seite 56 nur auf Kosten des Bankkapitals, und zehn Seiten später erklärt Herr Feder die ganze Idee der Gewinnbeteiligung für verfehlt. (Grosse Heiterkeit) Durch die Mordhetze der Extremen ist Deutschland hinter den dreissigjährigen Krieg in die Zeit der Blutrache zurückgefallen. Wie kann Herr Goebbels die Verantwortung dafür ablehnen, wenn er am 2. September 1929 dichtet: "Und wenn die Handgranate kracht, das Herz im Leibe lacht!" Das Zentrum fordert von der Staatsregierung, zur Niederhaltung der halbwildem Landsknechte die staatliche Macht mit höchster Entschiedenheit einzusetzen. (Stürmischer Beifall.) Zu diesem Terror bekennen wir uns. Die Extremen wollen die Macht mit Gewalt erobern oder sie fühlen. Mögen sie also die Macht fühlen. (Lebhafter Beifall.) Unser Kampf gilt dem Kulturbolschewismus und dem Unflat im öffentlichen Leben. Weltanschauliche Gegensätze trennen uns von der Sozialdemokratie. Aber Koalitionen entspringen immer aus der Vernunft der einen und der Unvernunft der anderen. (Heiterkeit) Wir arbeiten gemeinsam an der Rettung von Staat und Volk, während die sogenannten Nationalen sich seitwärts in die Büsche schlagen. Wir lehnen den Radikalismus ab um unseres Volkes willen. Wir vergessen trotz aller weltanschaulichen Gegensätze nicht den Kumpel, der mit uns im Graben das Verland verteidigt hat. (Sehr gut! im Zentrum und links) In der Verlängerung der kulturbolschewistischen Front erblicken wir den Parteidiktator Hugenberg. (Grosser Lärm rechts) Die meisten Ufa-Filme sind ein widerliches Gemisch aus Kaschemme, Bordell und schmähhchster Herabsetzung des alten deutschen Heeres durch Parafefexereien. Wer den "Blauen Engel" gesehen hat, darf es nicht wagen, von christlicher Erneuerung im Zusammenhang mit Herrn Hugenberg zu sprechen. Aus christlichen und nationalen Gründen haben die besten Konservativen diesem Verderber den Rücken gewendet. Wir sind entschlossen, das Christentum zu schützen und zu verteidigen. Aber wir wollen ebenso den deutschen Volksstaat in Freiheit entfalten und mit allen zusammenarbeiten, die guten Willens sind. Wir haben in zwölf Jahren schwerer Arbeit die deutsche Nation vor dem Untergang gerettet. Wenn Demokratie feste Führung und ehrlicher Gefolgschaftswille ist, dann folgen wir vom Zentrum diesem Verfassungsmminister, diesem Kommunalminister, diesem Polizeiminister. Wenn der Volksstaat ruft, ist das deutsche Zentrum jederzeit mit an der Arbeit. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Zentrum.)

Weiterberatung Mittwoch 10 Uhr.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 24. März (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag setzte am Dienstag die Beratung des Innenetats fort und erlebte einen Tag sensationell wirkender Reden, ein eindrucksvolles Schauspiel, das sich von Rede zu Rede steigerte.

Den Beginn machte der Arbeitersekretär Lindner vom Christlich sozialen Volksdienst. Er bekannte sich zwar zu dem Volksbegehren für Auflösung des Preussischen Landtages, zog aber im übrigen einen scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den Deutschnationalen. Spöttisch fragte er deren Hauptredner Herrn von Rohr, ob das Dutzend Inspektoren, das er in einem Jahr von seinem Rittergut hinausgeworfen hätte, seine Beweggründe als materialistisch oder als nationalistisch ansehen sollte. An die Erwähnung des Falles Sklarek knüpfte Lindner die Feststellung, dass doch keine Partei durch die Brüder Sklarek so korumpiert und kompromittiert sei wie die Deutschnationalen. Die Namen Linke, Kimbel, Fedler und Lawerentz sagten über die wahren Sklarekfreunde wohl genug. Der Gegensatz, um den jetzt im Deutschen Volk gerungen werde, sei nicht Marxismus und Materialismus auf der einen Seite, Nationalismus auf der anderen Seite; der wahre Gegensatz sei ehrliche Arbeit und heuchlerisches Pharisäertum.

Nach dieser ersten Abreibung kam Severings grosse Abrechnung mit der Rechtsopposition. Er stellte seine Arbeit aus den letzten Monaten dar: wie er darum gerungen hat, den Gemeinden die Möglichkeit zu erhalten, die geringfügigen Unterstützungen an die Wohlfahrtserwerbslosen wenigstens auszuzahlen. Er zeigte, wie die Rechtsparteien alles aufgeboten haben, zu verhindern, dass wir ohne Katastrophe über den Winter kommen, wie unter Vorsitz des Herrn von Rohr selbst die pommerschen Landbündler gezwungen werden sollten, alle Gemeinde- und Kreisets abzulehnen, damit alles zusammenbreche. Umgekehrt war es in dieser Notzeit Severings Aufgabe, auch die Staatsverwaltung intakt in Ganz zu halten und sabotierende Beamte zu entfernen. Diese unsere Arbeit der letzten Monate und der Vergangenheit - Severing widerlegte einen ganzen Haufen von Agitationslügen der Rechtsparteien - gibt der Sozialdemokratie das gute Gewissen, vor jeder Zukunft zu bestehen. Selbst wenn es der Demagogie gelänge, Augenblickserfolge zu erreichen, Erfolge durch die gefährliche Bundesgenossenschaft von Not und Elend, die sie ganz gewiss nicht meistern können, werde die Zukunft nur denen gehören, die in der schwersten Zeit des Landes ihren Mann gestanden und Verantwortung getragen haben.

Und nach dieser klugen und klaren Rechtfertigungsrede, einem Muster Severingscher Polemik und Beredsamkeit, kam als Knalleffekt die Kriegserklärung des Zentrums an die Rechtsopposition mit einer völlig beispiellosen Schärfe. Der Zentrumsredner Abgeordneter Letterhaus höhnte die Parteien des Volksbegehrens, die Deutschnationalen und Volksparteiler, wie dezimiert sie in den nächsten Landtag zurückkehren würden. Die ganze Basis ihrer Agitation sei Lüge. Sie selbst hätten in klassischen Erklärungen der deutschnationalen Parteileitung die Notwendigkeit der Republik und die Unerbittlichkeit der Konsequenzen aus der deutschen Niederlage anerkannt. Mit Nachdruck sprach Letterhaus den heutigen Deutschnationalen, die jede Spur christlich-konservativen Geistes verloren hätten, jedes Verständnis für Takt und Anstand ab. Durch das Bündnis mit den Nazis seien die Deutschnationalen die Todfeinde jeder Autorität geworden. Und dann folgte eine Abrechnung mit den sittlichen und geistigen Qualitäten der Nationalsozialisten, mit der Unsinnigkeit ihres Programms und der Barbarei ihrer Mordhetze, wie sie im Parlament überhaupt wohl noch nicht gehört worden ist. Das Zentrum sei für die Arbeit am Volksstaat bereit, auch für die Zusammenarbeit mit allen, die guten Willens seien; vor allem für die Zusammenarbeit mit ehrlich christlich konservativen Kreisen. Aber niemals und unter keiner Konstellation sei das Zentrum bereit zur Gemeinschaft mit der Reaktion und der Gewalt=

herrschaft des Faschismus über das Volk. Die Wut der Rechten erreichte ihren Höhepunkt, als Letterhaus Herrn Hugenberg mit seiner Nachtausgabe, seinen Ufa=filmen und seinem Scherlmagazin als typischen Vertreter des Kulturbolschewismus brandmarkte und seine literarisch=filmischen Produkte als ein Gemisch von Kaschemme, Bordell und blödester Paradespielerei darstellte. Mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Volksstaat und seinem Verfassungsminister Severing schloss die sensationelle Erklärung. Die Forderung des Zentrums an die Gegenwart wurde dahin präzisiert, dass die staatliche Macht mit höchster Entschiedenheit die halbwilden Landsknechte des Nationalsozialismus niederhalten und den inneren Frieden schützen müsse.

Damit hat die politische Aussprache ihren Höhepunkt erreicht. Die letzten beiden Tage der Landtagssitzungen vor Ostern werden namentlich bei der Polizei noch eine Nachlese bringen. Aber die Kampffronten in Preussen sind kla:
